



312

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 4

April 1968

Grafik des Monats: Altersaufbau 1967 und 1987

Aufsätze:

Wanderungen 1966

Anbau und Ernte 1967

Landeshaushalt 1966

Verbrauch in Arbeitnehmerfamilien

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1966/67	1967/68	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt September bis Januar ¹		
INDUSTRIE (ohne Energie und Bau)				
Produktionsindex	1958 = 100	143	143	-
Beschäftigte ²	1 000	179	171	- 4
Umsatz ^{2 3}	Mill. DM	810	821	+ 1
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill. Std.	23	21	- 7
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	9,1	8,3	- 9
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 164	2 397	+ 11
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	146,6	128,8	- 12
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	108,1	120,5	+ 11
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 524	4 570	+ 1
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	106,4	106,2	-
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100 ^a	106,8	103,1	- 3
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1962 = 100 ^a	105,7	103,6	- 2
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100 ^a	111,1	101,9	- 8
Lebenshaltung ⁵				
insgesamt	1962 = 100	113,4	114,4	+ 1
Ernährung	1962 = 100	111,5	110,9	-
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ⁶	Mill. DM	2 120	2 249	+ 6
mittel- und langfristigen Krediten ⁷	Mill. DM	6 800	7 281	+ 7
Spareinlagen ⁸	Mill. DM	3 520	4 011	+ 14
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ⁹	Mill. DM	62	64	+ 3
Landessteuern ¹⁰	Mill. DM	93	99	+ 7
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	47	51	+ 9
Lohnsteuer	Mill. DM	65	66	+ 2

1) bei "Industrie" und "Zum Bau genehmigte Wohnungen": Juli bis November; bei "Geld und Kredit": August bis Dezember
 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten 3) einschliesslich Verbrauchssteuern sowie Reparaturen,
 Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) einschliesslich Lehrlingsstunden
 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes;
 Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962
 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschliesslich durchlaufende Kredite
 8) Bestand am Monatsende 9) einschliesslich Umsatzausgleichsteuer /Einfuhrumsatzsteuer
 10) einschliesslich Landesanteil an den Einkommensteuern a) Januar 1968 ohne Mehrwertsteuer

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

INHALT 4/68

	Seite
Aktuelle Auslese	73
Aus dem Inhalt	74
Absätze	
Wanderungen 1966	75-80
Anbau und Ernte 1967	80-85
Die Haushaltsrechnungen des Landes 1966	85-90
Der Verbrauch in ausgewählten Angestellten- und Beamtenfamilien im Bundesgebiet . .	91-96
Grafik des Monats	Beilage
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B - Industrie - 3. Umschlagseite	

Neu erschienen:

Die schleswig-holsteinischen Kreise von 1958-1966

54 Seiten, Preis 4 DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 11/1967

Zuckerrüben und Zucker
Beschäftigtenstruktur Industrie
Umsatz der Unternehmen 1966
Straßenverkehrsunfälle 1966
Erzeugerpreise in der Industrie
Schwerbeschädigte

Heft 12/1967

Gemeinden und Ämter
Wasserhaushalt Industrie
Löhne im Handwerk
Die kommunalen Haushalte 1966

Heft 1/1968

Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)
Kartoffeln
Preisindex landwirtschaftlicher Betriebsmittel
Löhne und Gehälter 1965

Heft 2/1968

Bruttoinlandsprodukt 1966
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 2)
Baumschulen
Steueraufkommen 1967
Gemüseanbau

Heft 3/1968

Volkshochschulen
Krankenhäuser 1966
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 3)
Fremdenverkehr 1967
Gemeindesteuern 1967
Umsätze in freien Berufen



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 4

April 1968

Aktuelle Auslese



Günstige Entwicklung des Sozialprodukts in Schleswig-Holstein

Im Jahre 1967 betrug das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in Schleswig-Holstein – nach einem vorläufigen Ergebnis – 17,3 Milliarden DM. Das entspricht einer Zunahme gegenüber 1966 von 3,2 %. Das Bundesgebiet hatte in diesem Zeitraum nur eine Zuwachsrate von 0,6 % aufzuweisen.

Das reale Bruttoinlandsprodukt, das heißt das Bruttoinlandsprodukt bewertet mit Preisen des Jahres 1954, erhöhte sich in Schleswig-Holstein um 3,0 % gegenüber 1966, während im Bundesgebiet erstmals ein Rückgang um 0,1 % zu verzeichnen war.



Hoher Industrieumsatz bei weniger Beschäftigten

Die konjunkturelle Abschwächung hat die schleswig-holsteinische Industrie 1967 weniger beeinflusst als die des Bundes. Die Umsatzentwicklung war positiv.

Veränderung
1967 gegenüber 1966

	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
Beschäftigte	- 4,0 %	- 6,6 %
Umsatz	+ 2,9 %	- 2,9 %
davon		
Inlandsumsatz	+ 3,9 %	- 5,2 %
Auslandsumsatz	- 3,2 %	+ 7,8 %

Die rückläufige Entwicklung des Auslandsumsatzes in Schleswig-Holstein schlägt in kräftige Expansion um, wenn die Werftumsätze außer Betracht gelassen werden. Die Zuwachsrate beläuft sich dann auf 22 %.



Straßenverkehrsunfälle wurden schwerer

Mit 14 300 Straßenverkehrsunfällen ereigneten sich im Jahre 1967 7 % mehr Unfälle als im Vorjahre. Die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten stieg dabei um 12 % auf 7 300, dagegen gab es nur 4 % mehr Leichtverletzte (12 700). Damit blieb die Zahl von 1,40 Verunglückten je Unfall gleich, die Schwere der Personenschäden stieg aber von 5,37 Getöteten und Schwerverletzten je 10 Leichtverletzte auf 5,75.



Rund 29 000 Ausländer in Schleswig-Holstein

Ende September 1967 waren 29 121 Ausländer in Schleswig-Holstein registriert, knapp 3 900 weniger als ein Jahr zuvor. Unter diesen Ausländern waren 3 700 Türken, 3 400 Spanier, 2 700 Dänen, 2 200 Griechen und 2 100 Italiener.



Weiterhin großer Schweinebestand

Im März 1968 wurden in Schleswig-Holstein 1,72 Mill. Schweine gezählt. Das sind fast 61 000 Tiere mehr als vor Jahresfrist (+ 4 %) und 5 % mehr als im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Märzählungen. Der bisher höchste Stand zu dieser Jahreszeit von 1,67 Mill. Schweinen im März 1965 wurde hiermit erheblich überschritten.

Aus dem Inhalt

Wanderungen 1966

Seite 75

Seit dem Auslaufen der Umsiedlung erzielt Schleswig-Holstein Jahr für Jahr einen Wanderungsgewinn. 1966 nahm die Bevölkerungszahl um 33 700 Personen zu. Der Wanderungsgewinn trug dazu mit 17 600 und der Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen mit 16 100 Personen bei. Hamburg ist das Bundesland, mit dem Schleswig-Holstein am stärksten in Bevölkerungsaustausch steht: 47 500 Umzüge fanden allein zwischen diesem Stadtstaat und unserem Land statt, das dadurch 9 880 Einwohner gewann. Die 17 Kreise zogen aus dem Wanderungsaustausch einen Bevölkerungsgewinn von 18 700 Personen, während die 4 kreisfreien Städte 1 140 Einwohner mehr abgaben als sie aufnahmen. Die kleinsten Gemeinden, etwa unter 1 000 Einwohner, wiesen auch 1966 wie schon in den Vorjahren Wanderungsverluste auf. Auch bei den Großstädten sinkt die Bevölkerungszahl, doch verbirgt sich dahinter die Bewegung von der Kernzone in die äußeren Teile einer Stadtregion, die administrativ zu anderen Gemeinden und Kreisen gehören. Die männliche Bevölkerung ist wanderungsfreudiger als die weibliche, und die jüngeren und mittleren Altersjahrgänge sind weit mobiler als die jüngsten und vor allem die älteren.

Anbau und Ernte 1967

Seite 80

Die Witterung war für das Wachstum und die Ernte der landwirtschaftlichen Feldfrüchte 1966/67 allgemein günstig. Bei den überwinternden Fruchtarten traten keine nennenswerten Frost- und Nässeschäden auf. An Getreide wurden gut 400 000 ha angebaut, die Ernte erreichte 1,41 Mill. t, das sind 11 % mehr als im Vorjahr, und zwar allein infolge gesteigerter Erträge. Eine Ausnahme bildet hierbei die Sommergerste mit sehr niedrigen Erträgen. Der Kartoffelanbau ging weiter zurück, nur noch 17 600 ha wurden bestellt. Die Erträge lagen jedoch mit 216 dz/ha bei den frühen und 300 dz/ha bei den mittelfrühen und späten Sorten weit über den vorjährigen Werten, so daß mit 515 000 t 12 % mehr geerntet werden konnten als 1966. Auch die Zuckerrüben-ernte – 533 000 t – lag um 2 % höher als im Vorjahre. Wenig verändert hat sich der Umfang des Ackerfutterbaues. Für die Baumschulen bestätigten sich die schon früher ermittelten Tendenzen: abnehmende Bestände an veredelten Obstgehölzen, zunehmende an Obstunterlagen, Ziergehölzen und Rosenunterlagen. – Die gesicherten Ergebnisse aus Erntemessungen bei Runkelrüben, Kohlrüben und einigen Gemüsearten werden hier erstmalig veröffentlicht.

Landeshaushalt 1966

Seite 85

Die Gesamtausgaben des Landes beliefen sich 1966 auf 2,3 Milliarden DM. Sie dehnten sich gegenüber 1965 um 85 Mill. DM oder fast 4 % aus. Die Zuwachsrate war damit etwas höher als 1965 (+ 1 %), jedoch-bedeutend niedriger als zwei Jahre zuvor (+ 12 %). Die Struktur der Ausgaben hat sich nur unwesentlich verschoben. Nach wie vor stellen die Verwaltungs- und Zweckausgaben mit über 2/3 der

Gesamtausgaben den größten Posten, gefolgt von den Zahlungen an Gebietskörperschaften mit knapp 23 % und den Ausgaben der Vermögensbewegung mit einem Zehntel. Innerhalb dieser drei Ausgabengruppen, war die Entwicklung recht unterschiedlich. Die Personalausgaben, die mehr als 1/3 der Gesamtausgaben ausmachen, erhöhten sich um 7 %, also weit überdurchschnittlich, auf 811 Mill. DM. Die Ausgaben der Vermögensbewegung nehmen beim Land einen nicht so großen Raum ein wie bei den Gemeinden, da das Land nicht so häufig als Bauträger auftritt. Insgesamt waren diese Ausgaben rückläufig. Der dritte Bestandteil der Gesamtausgaben, die Zahlungen an Gebietskörperschaften, erhöhte sich um ein Zehntel oder 51 Mill. DM. Den eigenen Gemeinden und Gemeindeverbänden wies das Land 405 Mill. DM zu, das waren 14 Mill. DM oder 4 % mehr als 1965. Fast 6/10 dieser Mittel, nämlich 235 Mill. DM, sind allgemeine Finanzausweisungen. Der Schwerpunkt der Ausgaben des Landes lag im Bereich Unterricht und Wissenschaft, der 456 Mill. DM oder 1/5 der Gesamtausgaben erforderte.

Verbrauch in Arbeitnehmerfamilien S. 91

Bei den buchführenden Beamten- und Angestelltenfamilien mit höherem Einkommen handelt es sich um Ehepaare mit zwei Kindern, die in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern wohnen. 99 % von diesen Haushalten besaßen im Dezember 1966 einen Staubsauger, 97 % einen Kühlschrank, 93 % ein Radio, 76 % ein Auto, 70 % ein Fernsehgerät, 67 % ein Telefon, 40 % einen Waschvollautomaten, 35 % eine Musiktruhe, 29 % ein Tonbandgerät, 9 % einen Heimbügel, 4 % eine Tiefkühltruhe, 3 % einen Geschirrspüler. Im Vergleich zu 1964 hat verhältnismäßig am stärksten die Verbreitung von Musiktruhen zugenommen, auch das Filmen fand erheblich mehr Liebhaber. Bemerkenswert ist, daß diese Beamten- und Angestelltenfamilien, die 1966 im Monatsdurchschnitt immerhin über 2 070 DM verfügten, auffallend geringer mit Fernsehgeräten als mit Radioapparaten und Musikschränken versorgt waren. Von den Arbeiter- und Angestelltenfamilien besaßen trotz ihres erheblich geringeren Einkommens 75 %, also mehr, ein Fernsehgerät. Das Brutto-Haushaltseinkommen der buchführenden Angestellten- und Beamtenfamilien betrug 1966 2 235 DM. Hier- von gingen durchschnittlich 236 DM Steuern und 25 DM Sozialversicherungsbeiträge ab, so daß ein Nettoeinkommen von 1 975 DM verblieb. Zuzüglich 95 DM anderer Einnahmen (aus Untervermietung, Verkauf gebrauchter Waren u.a.) verfügten diese Haushalte über 2 070 DM im Monat. Für den privaten Verbrauch gaben sie 1 613 DM aus, für sonstige Ausgaben (freiwillige Versicherungen, Beiträge, Kfz-Steuer, Spieleinsätze u.a.) 176 DM, so daß 282 DM für die Bildung von Vermögen oder zur Entschuldung übrig blieben. Die Ersparnis erreichte also 13,6 % des verfügbaren Haushaltseinkommens, gegenüber 5,3 % bei den Arbeiter- und Angestelltenhaushalten mit mittlerem Einkommen. Der größte Teil der privaten Ausgaben entfällt auf die Nahrungs- und Genußmittel.

Wanderungen 1966

Seit dem Auslaufen der Umsiedlung erzielt Schleswig-Holstein Jahr für Jahr einen Wanderungsgewinn. Er ist heute mehr als dreimal so hoch wie 1957, als die Zuzüge zum ersten Mal wieder die Fortzüge übertrafen.

1966 nahm die Bevölkerungszahl um insgesamt 33 697 (1965: 33 282) Personen zu. Der Wanderungsgewinn trug dazu mit 17 578 (18 515) und der Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen mit 16 119 (14 767) Personen bei. Damit gehen 52% (56%) der Bevölkerungszunahme auf die Wanderungen zurück.

Der positive Wanderungssaldo des Jahres 1966 von 17 578 Personen ergibt sich als Differenz aus 92 408 Zu- und 74 830 Fortzügen. Aus den anderen Bundesländern zogen 78 520 Bürger zu, dorthin gingen 64 303.¹ Schleswig-Holstein gewann somit durch den Bevölkerungsaustausch mit dem übrigen Bundesgebiet 14 217 neue Einwohner. Aus Mitteldeutschland und den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten kamen 961 Zuwanderer. Da nur 133 dorthin verzogen, beträgt der Saldo 828 Einwohner zugunsten Schleswig-Holsteins. Auch der Saldo gegenüber dem Ausland ist positiv. Der Zuwachs von 2 532 Personen resultiert aus 12 926 Zu- und 10 394 Fortzügen. Rechnet man zu all diesen Außenwanderungsfällen noch die 119 342 Umzüge von einer schleswig-holsteinischen Gemeinde zur anderen dazu, so ergibt sich als gesamtes Wanderungsvolumen die Zahl von 286 580 Wanderungsfällen.

Die Außenwanderung

Hamburg ist das Bundesland, mit dem Schleswig-Holstein am stärksten in Bevölkerungsaustausch steht: 47 511 (46 715) Umzüge fanden allein zwischen diesem Stadtstaat und unserem Land statt, das dadurch 9 879 (9 713) Einwohner gewann. Stärkere Wanderungsverflechtungen bestehen auch zwischen Schleswig-Holstein auf der einen und Niedersachsen sowie Nordrhein-Westfalen auf der anderen Seite. Unsere Bevölkerung stieg zu Lasten dieser Länder um 4 130 (3 984) Personen. Ein nennenswerter Zuwachs entstand auch aus der Bevölkerungsfluktuation zwischen Schleswig-Holstein und Westberlin: Er betrug 843 (458) Personen. Gegenüber den anderen Bundesländern ergaben sich nur geringe Wanderungsgewinne oder -verluste.

Etwa in der Größenordnung des Wanderungsgewinnes gegenüber Westberlin liegt der

¹) Da eine Person mehrmals im Jahre umziehen kann, müßte hier - wie an anderen Stellen auch - im Grunde von "Zuzügen" und "Fortzügen" gesprochen werden und nicht von Personen

Wanderungen 1966 zwischen Schleswig-Holstein und dem übrigen Bundesgebiet

Herkunfts- und Zielland	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Wanderungsvolumen
Hamburg	28 695	18 816	+ 9 879	47 511
Nordrhein-Westfalen	13 974	10 830	+ 3 144	24 804
Niedersachsen	13 876	12 890	+ 986	26 766
Berlin (West)	4 040	3 197	+ 843	7 237
Bremen	2 469	2 187	+ 282	4 656
Saarland	329	249	+ 80	578
Rheinland-Pfalz	1 775	1 771	+ 4	3 546
Hessen	3 614	3 801	- 187	7 415
Baden-Württemberg	5 371	5 698	- 327	11 069
Bayern	4 377	4 864	- 487	9 241
Insgesamt	78 520	64 303	14 217	142 823

Einwohnerzuwachs, der aus dem Bevölkerungsaustausch mit Mitteldeutschland und Ostberlin entspringt. Das Wanderungsvolumen ist nicht wesentlich höher als der Wanderungsgewinn, da nur 122 Personen in diese Gebiete verzogen sind. Den 184 Zuzügen aus den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten stehen sogar nur 11 dahin gerichtete Fortzüge gegenüber.

Wanderungen 1966 zwischen Schleswig-Holstein und Mittel- und Ostdeutschland

Herkunfts- bzw. Zielgebiet	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Wanderungsvolumen
Ostberlin	57	3	54	60
SBZ	720	119	601	839
Deutsche Ostgebiete unter fremder Verw. d. t. g.	184	11	173	195
Insgesamt	961	133	828	1 094

Durch die 12 926 Zu- und die 10 394 Fortzüge über die Auslandsgrenzen wuchs die Bevölkerung Schleswig-Holsteins 1966 um 2 532 Personen. Die Zahl der deutschen Einwohner sank dabei um 723, während sich die der ausländischen Einwohner im Lande um 3 255 erhöhte. Im Vorjahr war die Bevölkerungszahl durch die Wanderungen von und ins Ausland noch um 4 100 Personen gestiegen. Auch zu dieser Zeit gingen mehr Deutsche aus Schleswig-Holstein in die Fremde als zu-reisten, nämlich 590.

83% der 12 926 über die Auslandsgrenzen Zuziehenden und 78% der 10 394 ins Ausland Fortziehenden haben europäische Staaten als Herkunfts- oder Zielland angegeben. Stärkeres Ausmaß besitzen die Wanderungsbeziehungen zu den Ländern, in denen im Rahmen von Regierungsvereinbarungen Arbeitskräfte angeworben und nach Deutschland vermittelt werden. Die 5 wichtigsten Anwerbeländer

Wanderungen 1966 über die Auslandsgrenzen

Herkunfts- und Zielland	Zuzüge		Fortzüge		Saldo (kein Vorzeichen: Zunahme)	
	insgesamt	Deutsche	insgesamt	Deutsche	insgesamt	Deutsche
Europäisches Ausland	10 732	1 432	8 144	1 780	2 588	- 348
darunter						
Türkei	1 857	24	734	7	1 123	- 17
Spanien	1 743	40	1 454	56	289	- 16
Italien	1 290	30	1 198	50	92	- 20
Griechenland	782	10	728	24	54	- 14
Portugal	403	11	128	12	275	- 1
Dänemark	826	216	884	437	- 58	- 221
Finnland	594	17	477	17	117	0
Schweden	360	174	353	213	7	- 39
Norwegen	164	28	169	45	- 5	- 17
Schweiz und Liechtenstein	461	312	376	272	85	40
Österreich	395	88	303	109	92	- 21
Jugoslawien	473	-	145	3	328	- 3
Großbritannien ¹	389	125	391	183	- 2	- 58
Niederlande	300	91	229	77	71	14
Außereuropäisches Ausland	2 104	1 005	2 155	1 375	- 51	- 370
USA	781	334	823	497	- 42	- 163
Kanada	155	85	329	270	- 174	- 185
Mittel-/Südamerika	302	175	240	141	62	34
Afrika	365	171	319	233	46	- 62
Asien	297	100	236	89	61	11
Australien/Neuseeland	204	140	208	145	- 4	- 5
Insgesamt ²	12 926	2 509	10 394	3 232	2 532	- 723

1) einschließlich Nordirland

2) einschließlich nicht näher bezeichnetes Ausland

sind Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und die Türkei. Aus ihnen zogen 1966 6 075 Personen zu, nach dort verzogen 4 242 Personen. In diesen fünf Ländern liegt damit der Ziel- oder Ausgangspunkt von 44% aller Zu- und Fortzüge über die Auslandsgrenzen. Die Zahl der Griechen, Italiener, Portugiesen, Spanier und Türken stieg dadurch in unserem Lande freilich nicht genau um 1 833 Personen, dem Saldo aus den Zu- und Fortzügen; denn aus diesen Ländern kamen neben Ausländern anderer Nationalität auch 115 Deutsche, und Ausländer anderer Staatsangehörigkeit zogen zusammen mit 149 Deutschen dorthin. Außerdem verziehen Ausländer auch innerhalb des Bundesgebietes. Die Herkunfts- und Zielgemeinden von weiteren 16% der Zu- und Fortziehenden lagen in skandinavischen Ländern, von 7% in den deutschsprachigen Nachbarstaaten Schweiz und Österreich, von weiteren 14% in den übrigen europäischen Staaten.

Zwischen Schleswig-Holstein und dem außereuropäischen Ausland wurden 1966 2 104 Zuzüge und 2 155 Fortzüge registriert. Fast in der Hälfte aller Fälle waren die USA oder Kanada Ziel- oder Ausgangspunkt des Umzugs. Unter den Zuziehenden befanden sich 1 005 und unter den Fortziehenden 1 375 Deutsche. Während die Gesamtbevölkerung um 51 Personen fiel, errechnet sich für die

deutsche Einwohnerschaft eine Abnahme um 370 Personen.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Wanderungsgewinn aus den Zu- und Fortzügen über die Auslandsgrenzen um fast vier Zehntel verringert. Der Rückgang ist eine Folge der sich in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres verschlechternden Arbeitsmarktlage. Es hat sich daher hauptsächlich der Saldo gegenüber dem europäischen Ausland verschlechtert, und zwar sank der Wanderungsgewinn innerhalb der letzten beiden Jahre von 4 027 auf 2 588 Personen.

Während die Zuzüge sich kaum in ihrer Zahl änderten, stiegen die Fortzüge von 6 523 auf 8 144 an. Gegenüber den fünf vorerwähnten Ländern sank der Wanderungsgewinn Schleswig-Holsteins um 1 425 Personen. Der Rückgang beträgt gegenüber Griechenland 87%, Italien 81%, Spanien 54%, der Türkei 21% und Portugal 12%. Der Wanderungsgewinn Schleswig-Holsteins gegenüber der Türkei ist zur Zeit viermal so groß wie der gegenüber Spanien. Im Vorjahr war er erst etwas mehr als doppelt so hoch. Diese Zahlen bestätigen die Ergebnisse aus der jährlichen Ausländerstatistik, nach der die Türken die Spanier inzwischen von der ersten Stelle aller Ausländer im Lande verdrängt haben.

Wanderungssalden der Kreise 1966

(kein Vorzeichen: Zunahme)

KREISFREIE STADT Kreis	Insgesamt	davon gegenüber			
		anderen schlesw.-holst. Kreisen	anderen Bundesländern	<i>darüber</i> Hamburg	Gebieten außerhalb der Bundesgrenzen
FLensburg	- 305	224	- 437	- 31	- 92
KIEL	- 1 073	- 791	- 395	- 195	113
LÜBECK	1 169	- 57	425	74	801
NEUMÜNSTER	- 930	- 464	- 547	- 143	81
Kreisfreie Städte zusammen	- 1 139	- 1 088	- 954	- 295	903
Eckernförde	450	- 34	466	31	18
Eiderstedt	6	- 28	18	20	16
Eutin	296	99	185	98	12
Flensburg-Land	407	111	228	44	68
Hzgt. Lauenburg	704	- 338	734	458	308
Husum	- 242	- 81	- 155	- 61	- 6
Norderdithmarschen	393	89	224	5	80
Oldenburg in Holstein	673	37	479	255	157
Pinneberg	6 117	265	5 105	4 120	747
Plön	791	399	308	19	84
Rendsburg	- 76	- 245	1	82	168
Schleswig	29	26	- 15	- 22	18
Segeberg	2 055	775	1 147	676	133
Steinburg	620	- 348	818	76	150
Stormarn	5 406	216	4 892	4 164	298
Süderdithmarschen	- 143	- 176	- 4	44	37
Südtondern	1 231	321	740	165	170
Kreise zusammen	18 717	1 088	15 171	10 174	2 458
Schleswig-Holstein	17 578	.	14 217	9 879	3 361

Die Beteiligung der Kreise an der Außenwanderung

Die 17 Kreise zogen aus dem Wanderungsaustausch mit den anderen Bundesländern 1966 einen Bevölkerungsgewinn von 15 171 Personen, während die 4 kreisfreien Städte 954 Einwohner mehr an die anderen Länder abgaben als sie von ihnen als Neubürger aufnahmen. Die höchsten Wanderungsgewinne - bezogen auf die Einwohnerzahl zu Anfang des Jahres - ergaben sich dabei für die Kreise Stormarn (3,0%), Pinneberg (2,1%) sowie Segeberg und Südtondern (je 1,1%). Die drei erstgenannten Kreise erzielten ihren Bevölkerungsgewinn vornehmlich von der Hansestadt. Die 18 032 Zuzüge aus Hamburg übertrafen die Fortzüge um 8 960.

Gegenüber dem Ausland, Mitteldeutschland und den deutschen Ostgebieten unter fremder Verwaltung haben auch die kreisfreien Städte einen positiven Wanderungssaldo in Höhe von 903 Personen zu verzeichnen. Lediglich für Flensburg ergibt sich ein geringer Wanderungsverlust. Auf die 17 Kreise entfällt ein Wanderungsgewinn von 2 458 Personen. Hauptnutznießer sind der absoluten Zahl nach gemessen Lübeck mit 801 und der Kreis Pinneberg mit 747 zusätzlichen Einwohnern.

Die Binnenwanderung

Da die Umzüge innerhalb der Gemeinden vom Statistischen Landesamt nicht erfaßt werden, gelten als Binnenwanderungsfälle hier nur die Wanderungen zwischen den Gemeinden des Landes. Innerhalb Schleswig-Holsteins wurde im Berichtsjahr 119 342mal umgezogen. 78 050mal lagen Herkunfts- und Zielgemeinde in verschiedenen Kreisen, 41 292mal blieben die Umzüge innerhalb der Kreisgrenzen.

Der Bevölkerungsaustausch ist nicht einseitig zu Lasten einiger weniger Kreise verlaufen. 11 der 21 Kreise und kreisfreien Städte haben einen positiven, 10 einen negativen Wanderungssaldo aufzuweisen. Mit 775 Personen ergibt sich für den Kreis Segeberg der höchste Wanderungsgewinn, mit 791 Personen für Kiel der höchste Wanderungsverlust. Flensburg hat als einzige kreisfreie Stadt aus der Bevölkerungsfluktuation innerhalb Schleswig-Holsteins Einwohner gewonnen. Alle vier kreisfreien Städte zusammen gaben 1 088 Personen an die 17 Kreise ab.

Die Wanderungssalden der Gemeinden unterschiedlicher Größe

In den letzten Jahren ergab sich regelmäßig, daß die kleinsten Gemeinden durch die

Wanderungssalden der Gemeinden 1966

(kein Vorzeichen: Zunahme)

Einwohner	Gesamter Wanderungssaldo	Saldo für Wanderungen		
		innerhalb Schleswig-Holsteins	über die Landesgrenzen innerhalb der BRD	über die Bundesgrenzen
unter 2 000	1 053	- 1 470	1 875	648
darunter mit einem Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung von	- 1 333	- 1 369	- 4	40
40 % und mehr	- 64	- 1 249	956	229
20 - 40 %	2 450	1 148	923	379
0 - 20 %				
2 000 - 5 000	3 821	995	2 431	395
5 000 - 20 000	11 464	1 886	8 597	981
20 000 - 100 000	2 379	- 323	2 268	434
100 000 und mehr	- 1 139	- 1 088	- 954	903
Insgesamt	17 578		14 217	3 361

Wanderungen Einwohner verloren. Daran hat sich auch 1966 nichts geändert. Zwar weist die unterste Gemeindegrößenklasse bis zu 2 000 Einwohnern wie auch 1965 einen positiven Wanderungssaldo auf, doch die Aufgliederung dieser Gemeinden nach dem Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung zeigt, daß nur diejenigen Gemeinden einen Wanderungsgewinn erzielten, in denen die Landwirtschaft die geringste Rolle spielt. Die Mehrzahl der Einwohner dieser Untergruppe lebt aber in Gemeinden zwischen 1 000 und 2 000 Einwohnern. Mehr als die Hälfte des Wanderungsgewinnes von 2 450 Personen (bei den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern und mit weniger als 20% landwirtschaftlicher Bevölkerung) wird durch die Wanderungsverluste in den gleich großen Gemeinden, in denen aber 20% und mehr von der Land- und Forstwirtschaft leben, aufgehoben. Einen Wanderungsverlust weisen seit 1962 auch die Großstädte auf. Bezogen auf die Einwohnerzahl Mitte 1966 macht er 0,2% aus. Für die übrigen Größenklassen errechnen sich positive Wanderungssalden. Den höchsten absoluten und relativen Zuwachs an neuen Bürgern erfuhren die Gemeinden zwischen 5 000 und 20 000 Einwohnern. Hier stieg die Bevölkerungszahl durch die Wanderungen um 11 464, das sind 2% des Standes vom 30. Juni 1966. In den 2 000 bis 5 000 Einwohner umfassenden Gemeinden erreichte der Wanderungsgewinn 1,5% der Bevölkerungszahl.

Keine Gemeinde führt ein isoliertes wirtschaftliches und kulturelles Leben. Insbesondere von den um Großstädte gelegenen Gemeinden sind viele sehr eng mit diesen Metropolen verbunden. Wirtschaftliche Unternehmen der Großstädte errichten Außenstellen in den angrenzenden Gemeinden, die großstädtische Bevölkerung baut sich außerhalb der Stadt-

grenzen ein "Haus im Grünen" Wohnungsunternehmen finden in den kleineren Nachbargemeinden reichlichen Baugrund für neue Wohnsiedlungen. Die Folge ist eine rege Bevölkerungsfluktuation zwischen Großstadt und Umlandgemeinden. Es empfiehlt sich daher in vielen Fällen, eher die Ergebnisse einer Stadtregion oder eines Planungsraumes zu betrachten, als die Untersuchung auf die einzelnen Gemeinden zu begrenzen. Für die Stadtregion Kiel, zu der außer Kiel noch 45 weitere Gemeinden zählen, ergibt sich z. B. für den Zeitraum von 1962 bis 1966 ein Wanderungsgewinn von 673 Personen. Die Kernstadt Kiel hat in diesen 5 Jahren aber 6 363 Einwohner verloren.

In jede der fünf nach der Einwohnerzahl gestaffelten Gemeindegruppen zogen mehr Personen aus Mitteldeutschland, den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten und dem Ausland zu, als aus ihnen nach dort fortzogen. Aus den Wanderungsbeziehungen mit den übrigen Bundesländern erzielten alle Gemeinden bis auf die Großstädte z. T. beträchtliche Gewinne.

Die Binnenwanderung brachte den Gemeinden von 2 000 bis 20 000 Einwohnern einen Bevölkerungszuwachs. Von den Gemeinden bis zu 2 000 Einwohnern gewann die Gruppe aus der Wanderung zusätzliche Bürger, von deren Bevölkerung nur wenige ihren Lebensunterhalt aus der Land- und Forstwirtschaft ziehen.

Die Wandernden nach Alter und Geschlecht

Allgemein neigt die männliche Bevölkerung leichter zu einer Verlegung des Wohnsitzes als die weibliche. Das zeigt sich auch wieder deutlich im Berichtsjahr. Je weiter die Wanderungsbewegung reicht, desto geringer

ist dabei der Anteil der Mädchen und Frauen an den Umziehenden: Bei den Fortzügen über die Landesgrenze beträgt er nur 42%, während er bei der Binnenwanderung 47% erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die weibliche Bevölkerung die männliche um rund 100 000 Personen übersteigt. Mobilitätsziffern zeigen die Unterschiede klarer auf: Auf 1 000 männliche Einwohner ergeben sich dabei im Durchschnitt des Jahres 1966 37 Fortzüge über die Landesgrenzen, auf 1 000 weibliche Einwohner dagegen nur 25. In der Binnenwanderung sind von 1 000 Männern 54 und von 1 000 Frauen 43 umgezogen. Die Quote für die Frauen erreicht hier 80% der für die Männer berechneten Quote, bei den Fortzügen über die Landesgrenze jedoch nur 68%.

Die Neigung, seine gewohnte Umgebung zu verlassen, nimmt mit steigendem Lebensalter ab. Am mobilsten sind die jüngeren und mittleren Jahrgänge. Am stärksten nehmen die 18- bis 30jährigen an der Außenwanderung teil. Das gilt für beide Geschlechter. Von den 21- bis 24jährigen Männern ist sogar mehr als jeder vierte im Laufe des Jahres über die Landesgrenzen zu- oder fortgezogen, von den Frauen des gleichen Alters mehr als jede fünfte. Aus der hohen Beteiligung der jungen Erwachsenen erklärt sich auch die verhältnismäßig starke Teilnahme der unter 6 Jahre alten Kinder an der Wanderung. Daß den im grundschulpflichtigen Alter stehenden Kindern dagegen nicht so oft eine

Wanderungen nach Geschlecht und Alter
- Zu- und Fortzüge über die Landesgrenzen -

Alter In Jahren	Zu- und Fortzüge (Wanderungsvolumen) je 1 000 Einwohner ¹		Wanderungsgewinn	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
0 - 5	52	52	724	878
6 - 13	30	29	858	639
14 - 17	35	44	228	51
18 - 20	213	176	3 005	80
21 - 24	277	224	860	420
25 - 29	189	129	969	1 036
30 - 39	102	58	1 656	1 229
40 - 49	55	30	717	841
50 - 64	22	18	855	1 067
65 und älter	19	20	662	803
Insgesamt	83	55	10 534	7 044

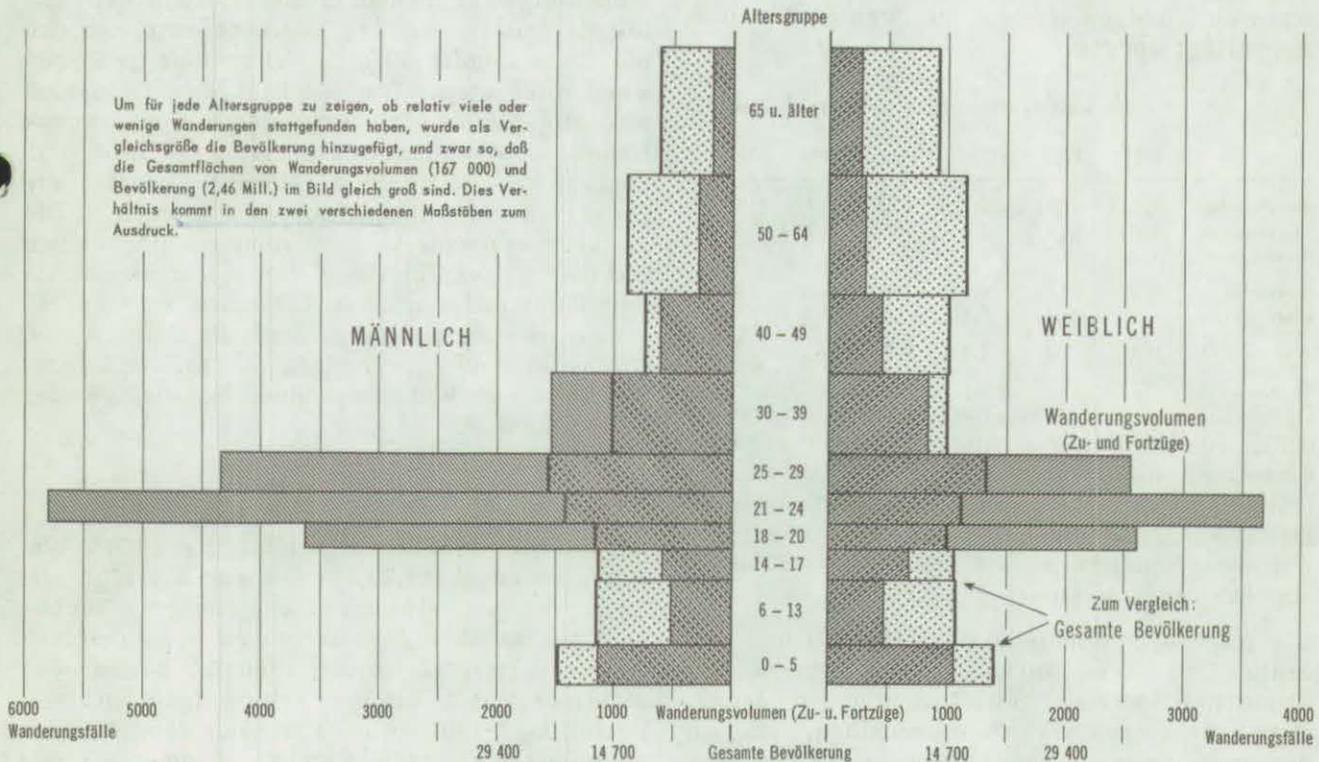
1) durchschnittliche Bevölkerung 1966

Wanderung über die Landesgrenze zugemutet wird und daß die zum größten Teil in der Lehre oder noch auf der Schule befindlichen 14- bis 17jährigen Jugendlichen weniger beweglich sind, läßt sich der Tabelle entnehmen.

Einem hohen Wanderungsvolumen entspricht keineswegs zwangsläufig auch ein hoher Wanderungssaldo. Aus 10 885 Zu- und Fortzügen der 18- bis 20jährigen Männer ergab sich z. B. ein Wanderungsgewinn von 3 005 Personen für Schleswig-Holstein, aus 23 212

D - 3899

DAS VOLUMEN DER WANDERUNGEN ÜBER DIE LANDESGRENZEN - 1966



Zu- und Fortzügen der 21- bis 24jährigen Männer dagegen nur ein Gewinn von 860 Personen. Was die Tabelle mit der Zahl "Zu- und Fortzüge je 1 000 Einwohner" in einem Ausdruck in Beziehung zueinander setzt, zeigt das Bild in seinen beiden Bestandteilen. Die übereinander gelegten Balken für die gesamte Bevölkerung einerseits und die "Wandernden" andererseits (s. jedoch Fußnote S. 75) lassen die verschiedene Beweglichkeit der Altersgruppen, die verschiedene altersspezifische Mobilität unmittelbar erkennen.

Von den 17 578 Personen, die den gesamten Wanderungsgewinn des Landes darstellen, stehen 13 014 (74%) im erwerbsfähigen Alter, 3 099 (18%) sind unter 14 und 1 465 (8%) sind 65 und mehr Jahre alt.

Ausblick auf die Ergebnisse für 1967

Die ersten Ergebnisse für 1967 zeigen, daß das Wanderungsvolumen weiter steigt: Insgesamt wurden 293 632 Wanderungsfälle registriert (1966: 286 580). Am kräftigsten hat dabei die Binnenwanderung zugenommen, nämlich von 119 342 auf 127 299 Umzüge. Die Zuzüge nach Schleswig-Holstein sind dagegen von 92 408 auf 88 871 zurückgegangen. Da die Fortzüge nach außerhalb gleichzeitig von 74 830 auf 77 462 zugenommen haben, sank der Wanderungsgewinn auf 11 409 Personen.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Vergleiche auch: "Die Wanderungen im Jahre 1964" in Stat. Monatsh. S.-H. 1965, S. 272 (Dezember) und "Wanderungen im Jahr 1966" in Wirtschaft und Statistik 1967, S. 355 (Juni)

Anbau und Ernte 1967

Die Witterung war für das Wachstum und für die Ernte der landwirtschaftlichen Feldfrüchte 1966/67 allgemein günstig.

Im Herbst 1966 herrschte mildes, nicht zu niederschlagreiches Wetter, das die Bestelungsarbeiten der Wintergetreidearten begünstigte. Der Winter 1966/67 war milde und die Niederschläge nicht übermäßig hoch; daher traten keine nennenswerten Frost- oder Nässeschäden bei den überwinterten Fruchtarten auf, und es mußten nur wenige Flächen umgepflügt werden.

	Umgepflügte Flächen in % der Aussoatflächen					
	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Winterweizen	5,2	2,5	2,1	0,1	3,7	0,7
Winterroggen	2,4	1,1	1,0	0,2	2,3	0,5
Wintergerste	1,2	9,2	1,7	0,0	2,9	0,3
Wintererbsen	8,2	14,7	14,9	0,1	3,8	0,4
Wintererbsen	.	4,4	0,6	-	4,3	1,2
Klee	0,7	1,2	1,9	0,1	0,5	0,1

Der April 1967 war noch verhältnismäßig kühl, so daß der Viehaustrieb etwas zögernd einsetzte, später aber im großen und ganzen früher war als 1966. Die Frühjahrsbestellung konnte allgemein zügig und bei günstiger Witterung einsetzen und im Mai rechtzeitig abgeschlossen werden.

Die folgenden Monate Mai, Juni, Juli und der erste Teil des August waren überdurchschnittlich warm. Sie brachten genügend, aber nicht zu viel Niederschläge, die in den einzelnen Landstrichen recht unter-

schiedlich fielen. Das Heu konnte in überdurchschnittlicher Quantität und Qualität geborgen werden. Die Wintergerstenernte begann frühzeitig und war Ende Juli bereits zu etwa 90% beendet. Ende Juli konnte vereinzelt schon mit der Roggen- und Sommergerstenernte begonnen werden. Im August fielen - örtlich und zeitlich sehr ungleichmäßig - durchschnittliche Niederschlagsmengen bei jahreszeitlich normalen Temperaturen. Mehrtägige Trockenperioden dazwischen erleichterten die weitere Getreideernte, so daß bis Ende August 87% des Getreides geborgen werden konnten. Die Qualität des Getreides war allgemein zufriedenstellend. Ein "freundliches spätsommerliches Bild" zeigte der September. Mitte des Monats konnte die Getreideernte abgeschlossen werden. Die Zuckerrübenenernte kam im niederschlagreichen Oktober allgemein zügig voran und konnte im verhältnismäßig milden November im wesentlichen beendet werden. Auch die Futter- und Kohlrübenenernte kam infolge milden spätherbstlichen Wetters ohne Schwierigkeiten zum Abschluß.

Getreide und Ölfrüchte

1967 wurden in Schleswig-Holstein gut 400 000 ha Getreide angebaut, 0,5% weniger als 1966 und 0,9% weniger als im mehrjährigen Durchschnitt. Bei den Veränderungen der einzelnen Getreidearten gegenüber 1966 ist zu berücksichtigen, daß infolge schwieriger Herbstbestellung 1965 die Flächen der Wintergetreidearten 1966 stark zugunsten des

Sommergetreides zurückgegangen waren. 1967 konnte wieder ein normales Verhältnis von Winter- zu Sommergetreide erwartet werden.

Fruchtart	Veränderung gegenüber		
	1967 1 000 ha 1 000 t	1966	D 1961-66 %
	Anbau		
Brotgetreidearten	155,9	+ 3	- 10
Futtergetreidearten	244,4	- 3	+ 6
Getreide insgesamt	400,3	- 1	- 7
Ölfrüchte (ohne Mohn)	28,1	+ 6	+ 15
	Ernte		
Brotgetreidearten	560,0	+ 23	+ 5
Futtergetreidearten	847,3	+ 5	+ 13
Getreide insgesamt	1 407,3	+ 17	+ 9
Ölfrüchte (ohne Mohn)	78,1	+ 33	+ 38
	Ertrag dz/ha		
	D 1961-66	1966	1967
Brotgetreidearten	30,9	30,1	35,9
Futtergetreidearten	32,4	32,2	34,7
Getreide insgesamt	31,8	31,4	35,2
Ölfrüchte (ohne Mohn)	23,2	22,2	27,8

Trotz günstiger Witterung während der Herbstbestellungsarbeiten 1966 konnte allerdings die Winterweizenfläche nicht den Stand von 1965 erreichen. Die Winterroggenfläche blieb sogar noch unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Absolute Höchststände erreichten die Wintergersten- und die Haferanbaufläche, während der Sommergerstenanbau - erstmalig seit längerer Zeit - erheblich eingeschränkt wurde. Der Menggetreideanbau ging weiter zurück.

Die Gesamtgetreideernte betrug 1967 knapp 1,41 Mill. t. Das sind 11% mehr als im Vorjahr und 9% mehr als im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre. Diese Steigerung ist allein Folge höherer Hektarerträge. Bei den meisten Getreidearten blieben die Hektarerträge nur wenig hinter den bisher erzielten Spitzenerträgen zurück. Bei Wintergerste wurden diese sogar übertroffen. Eine große Ausnahme machte 1967 jedoch die Sommergerste. Entgegen den anfänglichen Erwartungen wurden hier nur sehr geringe Hektarerträge erreicht, die zu den niedrigsten der letzten Jahre gehörten.

Der Ölfruchtanbau erreichte 1967 mit über 28 000 ha einen neuen Höchststand. Allein die Winterrapsfläche stieg gegenüber dem Vorjahr um gut 1 400 ha (+ 6%). Hinzu kamen weit überdurchschnittliche Hektarerträge, die bei Winterraps um 26% höher ausfielen als im Jahre 1966 und um 20% höher als im mehrjährigen Durchschnitt. Die Gesamternte an Raps und Rüben erreichte mit über 78 000 t eine neue Rekordhöhe.

Kartoffeln

Der Kartoffelanbau ging 1967 weiter zurück. Insgesamt wurden in Schleswig-Holstein nur noch wenig über 17 600 ha angebaut. Gegenüber dem Vorjahr verminderten sich die Frühkartoffelanbauflächen um 6%, die Fläche der mittelfrühen Sorten um 5% und die Spätkartoffelfläche sogar um 9%.

Der Flächenschwund gegenüber 1966 wurde allerdings durch sehr hohe Hektarerträge mehr als ausgeglichen. Die Frühkartoffelerträge lagen mit 216 dz/ha ebenso wie die Erträge der mittelfrühen und späten Sorten mit durchschnittlich 300 dz/ha weit über den vorjährigen und weit über den Erträgen im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre.

Infolge dieser hohen Hektarerträge wurden mit 515 000 t 12% mehr Kartoffeln geerntet als 1966. Wegen der geringeren Anbaufläche war die Gesamternte dennoch um ein Fünftel kleiner als im mehrjährigen Durchschnitt.

Fruchtart	Veränderung gegenüber		
	1967 1 000 ha 1 000 t	1966	D 1961-66 %
	Anbau		
Frühkartoffeln	1,6	- 5	- 44
Mittelfrühe und Spätkartoffeln	16,1	- 7	- 30
Kartoffeln insgesamt	17,6	- 7	- 31
	Ernte		
Frühkartoffeln	34	+ 10	- 32
Mittelfrühe und Spätkartoffeln	481	+ 12	- 20
Kartoffeln insgesamt	515	+ 12	- 21
	Ertrag dz/ha		
	D 1961-66	1966	1967
Frühkartoffeln	178	187	216
Mittelfrühe und Spätkartoffeln	263	249	300
Kartoffeln insgesamt	254	244	293

Zuckerrüben und Futterhackfrüchte

Wenig verändert hat sich die Zuckerrübenanbaufläche im letzten Jahr, sie blieb knapp 2% unter der vorjährigen Fläche und gut 2% unter dem mehrjährigen Mittel. Die Erträge fielen dagegen mit 374 dz/ha im Landesdurchschnitt für schleswig-holsteinische Verhältnisse günstig aus und übertrafen den mehrjährigen Durchschnitt um 10%.

Die Gesamternte an Zuckerrüben stieg daher gegenüber 1966 um 2% auf rund 533 000 t.

Die Futterhackfruchtanbaufläche stieg 1966 an, und zwar allein als Folge wieder verstärkten

Fruchtart	1967	Veränderung gegenüber	
	1 000 ha 1 000 t	1966	D 1961-66 %
		Anbau	
Zuckerrüben	14,3	- 2	- 2
Futterrüben	20,1	+ 0	- 20
Kohlrüben	19,2	+ 10	+ 3
		Ernte	
Zuckerrüben	533	+ 2	+ 7
Futterrüben	1 223	+ 11	- 7
Kohlrüben	1 124	+ 16	+ 13
	D 1961-66	1966	1967
		Ertrag dz/ha	
Zuckerrüben	341	359	374
Futterrüben	525	549	608
Kohlrüben	531	555	585

Kohlrübenanbaus. Mit über 19 200 ha übertraf die Kohlrübenanbaufläche sogar den mehrjährigen Durchschnitt.

Für Runkelrüben wurden relativ hohe Erträge geschätzt, 11% mehr als 1966 und 16% mehr als im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre. Auch für Kohlrüben wurden höhere Erträge geschätzt als im Vorjahr.

Die mit den geschätzten Erträgen errechneten Gesamternten liegen bei Futterrüben um 11%, bei Kohlrüben um 16% höher als 1966.

Ackerfutterbau und Dauergrünland

Wenig verändert hat sich der Umfang des Ackerfutterbaus. Veränderungen bei flächen-

mäßig nicht bedeutsamen Einzelpositionen dürften mehr zufallsbedingt sein und sollten nicht überbewertet werden.

Fruchtart (Nutzungsart)	Durchschnitt 1961-66	1967		Veränderung 1967 gegenüber	
		1966	1967	1966	D 1961-66
		1 000 ha		%	
Ackerfutterbau darunter	127,1	126,7	126,1	- 1	- 1
Klee u. Klee gras	48,7	42,7	44,4	+ 4	- 9
Dauergrünland	472,0	478,2	478,5	+ 0	+ 1
Futterbau insgesamt¹	599,1	604,9	604,5	- 0	+ 1

1) ohne Futterhackfrüchte

Die Dauergrünlandfläche nahm, wie bereits erwähnt, wieder leicht zu.

Die Erträge der Dauerwiesen und des Ackerfutterbaus wurden 1967 um 5 bis 9% höher eingeschätzt als 1966 und um 11 bis 13% höher als im mehrjährigen Durchschnitt.

Zwischenfrüchte

Die Ermittlung der Zwischenfruchterträge ist sehr schwierig, und die gewonnenen Ergebnisse sind entsprechend unsicher. Auch die Ermittlung und Zuordnung der jeweiligen Flächen und damit die Berechnung von Gesamternten sind problematisch. An dieser Stelle werden daher nur Anbauflächen ausgewiesen. Erträge wurden im Statistischen Bericht C II 1 - m 12/67 veröffentlicht.

Zwischenfruchtart	Durchschnitt 1961-66	1967		Veränderung 1967 gegenüber	
		1966	1967	1966	D 1961-66
		1 000 ha		%	
Sommerzwischenfrüchte insgesamt	47,9	45,2	47,0	+ 4	- 2
Sommerzwischenfrüchte zur Futtergewinnung darunter Klee- und Klee gras	32,9 26,4	30,3 24,0	28,9 21,4	- 4 - 11	- 12 - 19
Sommerzwischenfrüchte zum Unterpflügen	14,9	14,9	18,0	+ 21	+ 21
Winterzwischenfrüchte	2,5	2,3	2,8	+ 19	+ 12
Zwischenfrüchte insgesamt	50,4	47,5	49,7	+ 5	- 1
Klee und Luzerne zur Saatguterzeugung	0,8	0,6	0,6	- 5	- 24

Gemüse und Erdbeeren

1967 wurden in Schleswig-Holstein der Weißkohlanbau, der Rosenkohlanbau und die Fläche der Frischerbsen ausgedehnt. Rotkohl, Wirsingkohl, Blumenkohl und Buschbohnen gingen gegenüber 1966 in der Fläche zurück. Die Speisemöhrenanbaufläche änderte sich

kaum, wobei allerdings ein starker Rückgang der frühen Sorten zugunsten der späten Sorten auftrat.

Überdurchschnittliche Erträge wurden infolge günstigen Witterungsverlaufs bei den frühen Kopfkohlarten erzielt. Die Herbstkopfkohl-erträge wurden dagegen niedriger geschätzt

Gemüseart	1967	Veränderung gegenüber	
	ha 1 000 dz	1966	D 1961-66
		%	
Gemüse insgesamt¹	10 283	+ 2	- 3
darunter			
Weißkohl	2 599	+ 6	+ 12
Rotkohl	1 277	- 13	- 1
Wirsingkohl	478	- 19	- 9
Speisemöhren	785	- 1	- 24
Buschbohnen	1 525	- 4	- 23
Frischerbsen	2 237	+ 21	+ 16
		Ernte	
Weißkohl	1 415,9	- 1	+ 21
Rotkohl	478,7	- 17	+ 7
Wirsingkohl	128,7	- 12	- 1
Speisemöhren	332,1	+ 0	- 13
Buschbohnen	178,1	- 0	- 1
Frischerbsen	102,3 ^a	+ 30	.
	D 1961-66	1966	1967
		Ertrag dz/ha	
Weißkohl	505,4	583,4	544,8
Rotkohl	346,9	394,4	374,9
Wirsingkohl	248,2	246,4	269,5
Speisemöhren	369,4	416,3	423,1
Buschbohnen	91,3	112,1	116,8
Frischerbsen	.	42,7 ^a	45,7 ^a

1) einschließlich Wintergemüse, ohne noch nicht im Ertrag stehenden Spargel und ohne Erdbeeren

a) Frischerbsen gedroschen ohne Hülsen

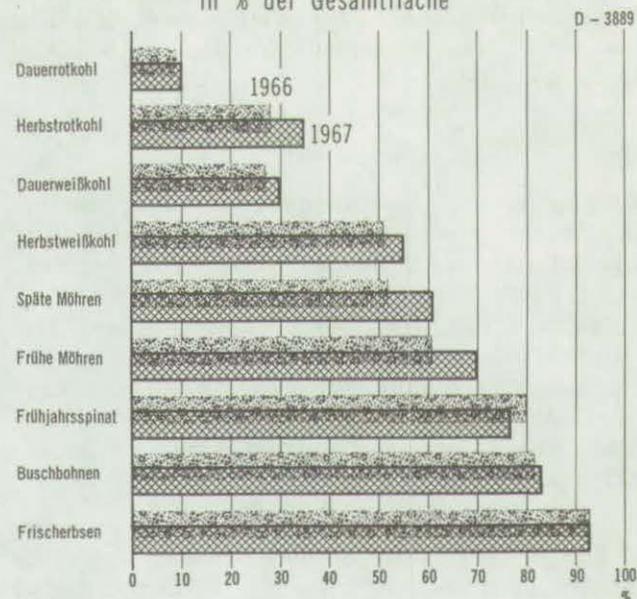
als im Vorjahr. Als Grund wurden häufig Nässeschäden genannt, besonders in Süderdithmarschen. Unter den vorjährigen Ergebnissen, jedoch höher als im mehrjährigen Durchschnitt, lagen die Ertragsschätzungen für Dauerweißkohl und Dauerrotkohl. Beim Winterwirsing wurden gute Erträge erwartet. Überdurchschnittlich hohe Erträge wurden auch für Grünkohl, Rosenkohl und Blumenkohl geschätzt.

Die Buschbohnerträge übertrafen den bisherigen Höchststand von 1966 nochmals, so daß trotz etwas kleinerer Anbaufläche etwa die gleiche Gesamternte erzielt wurde wie im Vorjahr. Sehr gute Erträge brachten auch die Frischerbsen.

Die Erträge der späten Möhren fielen niedriger aus als 1966. Allein die Verschiebung von den frühen zu den späten Sorten führte zu einer höheren Gesamternte an Möhren als im Vorjahr.

Seit 1966 werden die Anbauflächen einiger Gemüsearten unterteilt nach Vertragsanbau und freiem Anbau erhoben. Von 1966 bis 1967 hat sich der Anteil der vertraglich gebundenen Flächen bei den erfragten Gemüsearten fast ausnahmslos erhöht. Am häufigsten

Vertragsanbau ausgewählter Gemüsearten in % der Gesamtfläche



waren in beiden Jahren der Frischerbsen-, Buschbohnen- und Spinatanbau vertraglich abgesichert. Im Möhrenanbau setzt sich der Vertragsanbau zunehmend gegenüber dem freien Anbau durch. Auch beim Kopfkohl stiegen die Anteile vertraglich gebundenen Anbaus.

Der Gemüseanbau in Unterglasanlagen

Gemüseart	1965	1966	1967
	qm		
Blumenkohl	2 827	2 199	2 009
Kohlrabi	12 124	15 046	12 121
Kopfsalat	31 426	35 367	30 967
Gurken	19 900	26 725	19 091
Tomaten	41 684	46 927	35 862
Rettrich	-	360	804
Radieschen	2 538	6 843	7 467
Sonstige Arten	3 022	6 983	9 541
Insgesamt	113 521	140 450	117 862

Der Gemüseanbau in Unterglasanlagen war 1967 rückläufig. Dazu muß erwähnt werden, daß die Erfassung dieser Flächen, besonders in Jahren repräsentativer Gemüsehaupterhebungen, problematisch ist.

Erdbeeren	Durchschnitt 1961-66	1966	1967
	ha		
Vorjährige und ältere	400	425	461
Neupflanzungen im Erhebungsjahr	158	159	235

Ausgedehnt wurde 1967 der Erdbeerenanbau. Die Fläche der vorjährigen und älteren Erdbeeren stieg gegenüber dem Vorjahr um 8%. Neu gepflanzt wurden sogar 48% mehr als 1966.

Obst

Entgegen den Erwartungen im August und September dieses Jahres sind die Apfelerträge im intensiven Erwerbsobstbau 1967 infolge sehr guter Fruchtgrößen um 9% höher ausgefallen als im Vorjahr. In den Haus- und Kleingärten wurden die Apfelerträge dagegen im Landesdurchschnitt etwas niedriger eingeschätzt als im Vorjahr, so daß sich nur eine wenig größere Gesamternte an Äpfeln errechnet als 1966.

Die übrigen Obstarten, die in Schleswig-Holstein noch Bedeutung haben, nämlich Birnen, Kirschen sowie Pflaumen und Zwetschen, brachten wesentlich niedrigere Erträge als 1966. Bei diesen Obstarten stellt der intensive Erwerbsobstbau nur sehr kleine Anteile; die Ertragsentwicklung in den Haus-

und Kleingärten ist daher für die Gesamternten ausschlaggebend.

Obstort	1966	1967	Veränderung %
	Ernte in t		
Äpfel	82 796	84 089	+ 2
darunter im Erwerbsobstbau	35 866	38 773	+ 8
Birnen	16 339	11 483	- 30
Süßkirschen	2 991	2 255	- 25
Sauerkirschen	5 652	4 846	- 14
Pflaumen, Zwetschen	12 040	9 608	- 20
Mirabellen, Renekloden	1 525	1 120	- 27

Baumschulen

Die Ergebnisse der Baumschulerhebung 1967 bestätigen im wesentlichen die bereits in den Vorjahren festgestellten Tendenzen: abnehmende Bestände an veredelten Obstgehölzen, zunehmende Bestände bei Obstunterlagen, Ziergehölzen und Rosenunterlagen. Dagegen gingen (seit längerem erstmalig) die Bestände an veredelten Rosen zurück und auch die Forstpflanzenbestände nahmen ab.

Gehölzart (Obst- und Ziergehölze)	Durchschnitt 1961-66	1966	1967	Veränderung 1967 gegenüber	
				1966	D 1961-66
	1 000 Stück			%	
Veredelte Obstgehölze mit Krone und Beerensträucher	3 474	2 546	2 377	- 6,6	- 32
Übrige heranwachsende Obstgehölze ¹ (einjährige Veredlungen)	719	602	556	- 7,6	- 23
Obstunterlagen, Ernte Herbst des Erhebungsjahres	7 933	8 201	11 057	+ 35	+ 39
Ziergehölze für Straßen, Parks und Gärten ²	30 524	37 334	37 843	+ 1,4	+ 24
Rosen, vorjährige Veredlungen	14 957	17 602	17 110	- 2,8	+ 14
Rosenunterlagen	65 860	85 735	89 980	+ 5,0	+ 37

1) ohne Stammblinder für Kirschen mit einjährigem Trieb und ohne Süß- und Sauerkirschen ohne Krone

2) ab 1964 einschließlich Pappeln

Von den Baumschulen Schleswig-Holsteins wurden 1967 knapp 2,4 Millionen veredelte Obstgehölze mit Krone und Beerensträucher, 730 000 heranwachsende Obstgehölze und 11 Millionen Obstunterlagen nachgewiesen.

Bei den verkaufsfertigen veredelten Obstgehölzen hat sich damit die rückläufige Tendenz der Vorjahre bestätigt. Zunahmen bei einzelnen Arten oder Sorten dürften häufig durch witterungsbedingte günstige Aufwuchsergebnisse beeinflusst worden sein. Der mehrjährige Durchschnittsbestand wird nur von wenigen Arten, deren Bestände für das Ganze unbedeutend sind, erreicht oder überschritten.

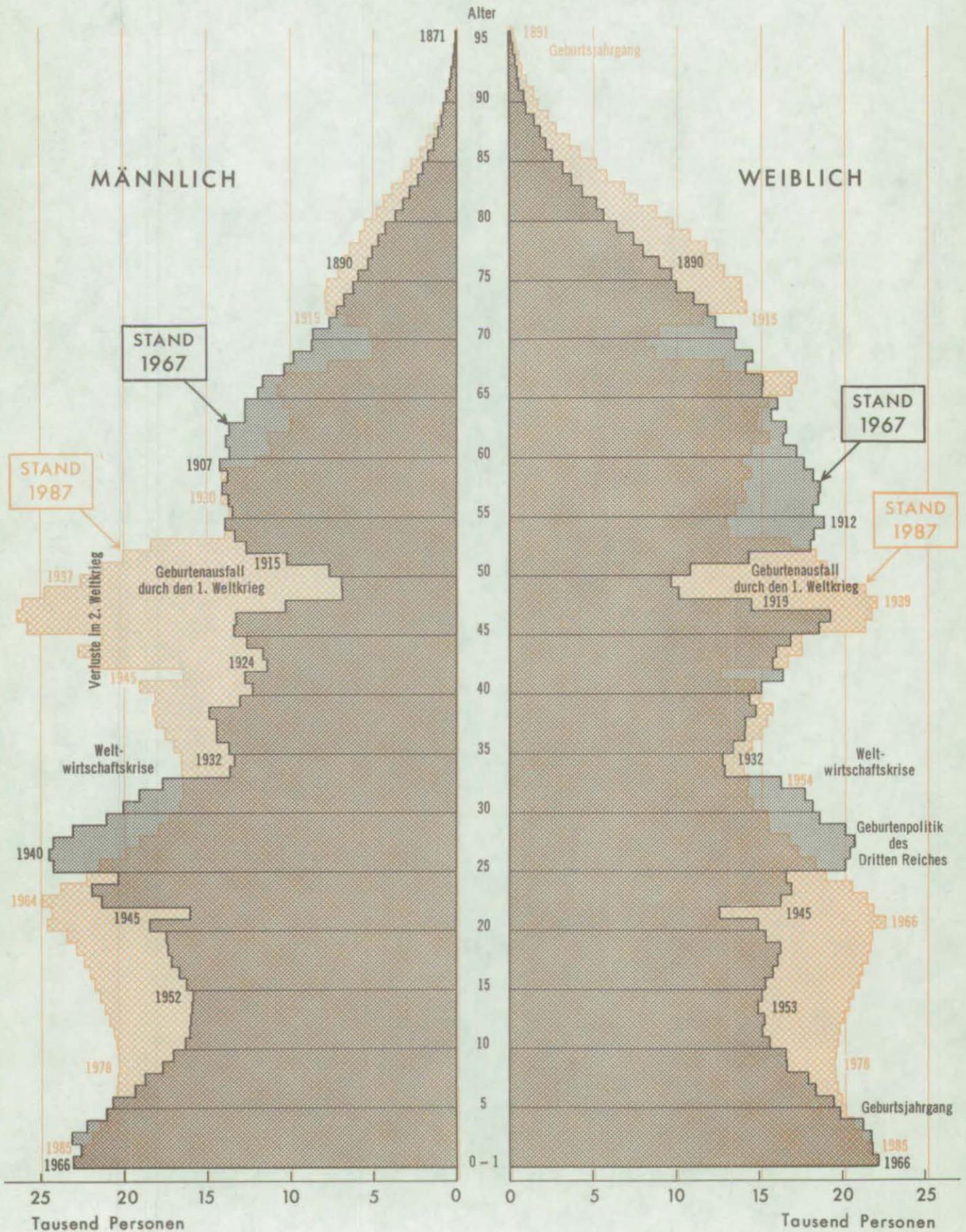
Die Bestände an heranwachsenden Obstgehölzen kommen an die vorjährigen Zahlen nicht heran, übertreffen jedoch die Bestände von 1965

und 1964. Zugenommen gegenüber dem Vorjahr haben die Bestände an einjährigen Apfelveredlungen auf Typenunterlagen, ohne allerdings den mehrjährigen Durchschnitt zu erreichen. Erwähnenswert erscheinen weiterhin die Zunahme der Bestände an einjährigen Sauerkirschen-Veredlungen und die Abnahme bei den Vogelkirschen-Heistern.

Erheblich zugenommen haben die Bestände an Obstunterlagen. Hier erreichten besonders die Apfel-Typenunterlagen, die Quittensorten, die Prunus-avium-Sämlinge, die Prunus mahaleb sowie die Ribes für (Beerenobst-) Stämme weit überdurchschnittliche Bestandszahlen. Diese Entwicklung dürfte auch durch die Witterung begünstigt worden sein.

Die Ziergehölzbestände nahmen vor allem infolge der Aufstockung der Nadelgehölz-

DER ALTERSAUFBAU DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN BEVÖLKERUNG ANFANG 1967 UND 20 JAHRE SPÄTER



bestände für Straßen, Parks und Gärten sowie der Bestände an Heckenpflanzen zu. Rückläufig waren dagegen die Bestände an Laubbäumen für Straßen, Parks und Gärten und der laubabwerfenden Ziersträucher.

Die Bestände an veredelten Rosen blieben nur wenig unter den Vorjahreszahlen und lagen wiederum erheblich über dem mehrjährigen Durchschnitt. Auch 1967 waren wieder mehr als die Hälfte aller veredelten Rosen Polyantharosen, deren Bestände allerdings um 7% kleiner waren als im Vorjahr. Die nächstgrößere Position, die großblumigen Buschrosen, wurden in gleich hoher Zahl nachgewiesen wie im Vorjahr.

Nochmals aufgestockt wurden die Bestände an Rosenunterlagen. Unter diesen wurden die Rosa multiflora, die über die Hälfte aller Rosenunterlagen ausmacht, sowie die mengenmäßig weniger bedeutenden Rosa canina und die Caninastämme verstärkt herangezogen, während die Bestände an Edelcanina gegenüber 1966 um 8% zurückgingen.

Gehölzart (Forstgehölze)	Durchschnitt 1964-66	1966	1967	Veränderung 1967 gegenüber 1966 in %
	1 000 Stück			
Nadelgehölze	894 781	923 386	806 099	- 13
darunter gemeine Fichten	523 348	529 030	488 669	- 8
Douglasien	33 044	32 883	28 044	- 15
Kiefern	211 380	207 567	163 463	- 21
Lärchen	44 168	48 876	40 169	- 18
Laubgehölze	182 459	177 900	150 322	- 16
darunter Rotbuchen	55 416	67 627	49 273	- 27
Roterlen	28 921	24 558	18 629	- 24
Eichen	13 908	9 140	18 533	+ 103
Bergahorn	13 560	13 559	12 858	- 5
Forstgehölze insgesamt	1 077 240	1 101 286	956 421	- 13

Erntemessungen

Seit 1966 liegen gesicherte Ergebnisse aus Erntemessungen bei Runkelrüben, Kohlrüben und einer Reihe von Gemüsearten vor. Diese Ergebnisse werden hier erstmalig veröffentlicht.

Erträge und Ernten nach den objektiven Erntemessungen ("repräsentative Ertragsfeststellungen") von Rüben, Möhren und Kohl

Fruchtart	Jahr	Ertrag ¹ dz/ha	Messung in % der Schätzung
Runkelrüben	1966	991,1	181
	1967	1 074,8	177
Kohlrüben	1966	808,8	146
	1967	785,9	134
Späte Möhren ²	1965	409,3	103
	1966	552,8	116
	1967	502,2	110
Herbstweißkohl	1965	716,0	126
	1966	917,8	125
	1967	843,2	126
Dauerweißkohl	1966	666,0	134
	1967	685,8	148
Dauerrotkohl	1967	554,9	152

1) gemessener Ertrag abzüglich 10 % für Ernteverluste

2) ohne beinlige und geplätzte

Die bisher veröffentlichten geschätzten Erträge und Ernten der Runkelrüben, Kohlrüben und der aufgeführten Kohlarten liegen erheblich unter den Werten aus diesen Messungen. Bei späten Möhren sind die Abweichungen nicht so groß.

Über die Verfahren der Erntemessungen und die Abweichungen zu den bisherigen Ergebnissen werden wir in Kürze an dieser Stelle ausführlich berichten.

Außer bei den genannten Fruchtarten werden seit 1965 auch bei Äpfeln im Erwerbsobstbau Erntemessungen angestellt. Die Ergebnisse weichen nicht erheblich von den Schätzungen der speziellen Berichtersteller des Erwerbsobstbaues ab. Es wird daher auf eine Veröffentlichung an dieser Stelle verzichtet und ebenfalls auf den angekündigten Beitrag hingewiesen.

Dr. Matthias Sievers

Die Haushaltsrechnungen des Landes 1966

Über ein Drittel der Ausgaben sind Personalausgaben

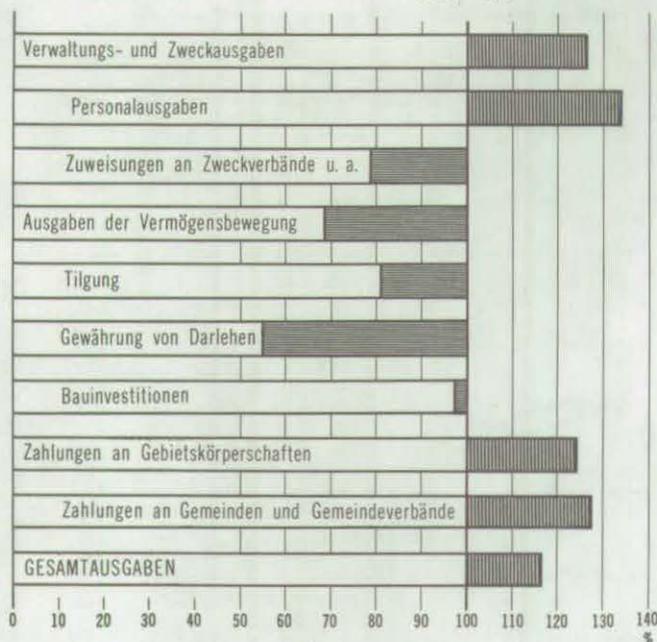
Die Gesamtausgaben des Landes beliefen sich 1966 auf 2,3 Milliarden DM. Sie dehnten sich gegenüber 1965 um 85 Mill. DM oder fast 4% aus. Die Zuwachsrate war damit etwas höher als 1965 (+ 1%), jedoch bedeutend niedriger als zwei Jahre zuvor (+ 12%). Die Struktur der Ausgaben hat sich nur unwesentlich verschoben. Nach wie vor stellen die Verwaltungs- und Zweckausgaben mit über zwei Dritteln der Gesamtausgaben den größten Posten, gefolgt von den Zahlungen an Gebiets-

körperschaften mit knapp 23% und den Ausgaben der Vermögensbewegung mit einem Zehntel. Die Anteile der Verwaltungs- und Zweckausgaben und der Ausgaben der Vermögensbewegung sind leicht zugunsten der Zahlungen an Gebietskörperschaften zurückgegangen. Die Zahlungen an Gebietskörperschaften wurden nämlich kräftig um 51 Mill. DM oder ein Zehntel ausgedehnt; die Verwaltungs- und Zweckausgaben erhöhten sich um 36 Mill. DM oder gut 2% und die Ausgaben der Vermögensbewegung schrumpften um 2 Mill. DM oder 1%.

Ausgabenentwicklung des Landes 1963/1966

D - 3896

1963 = 100

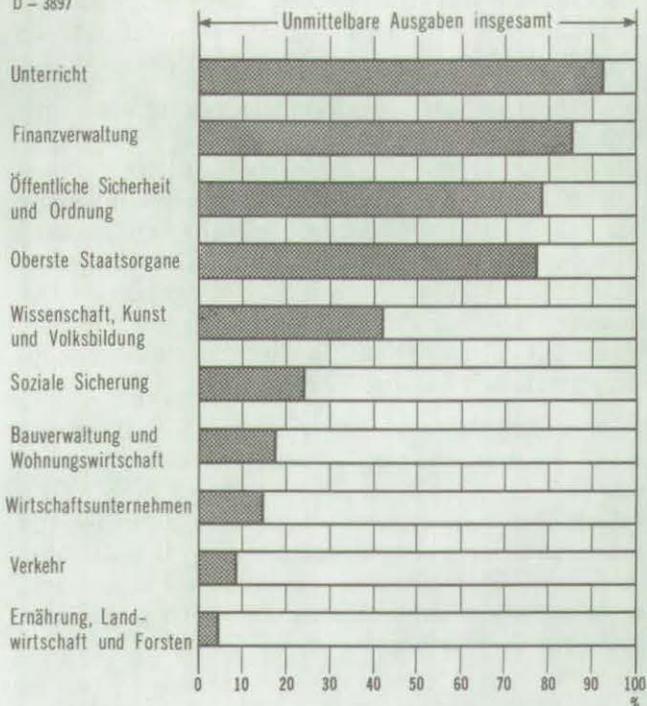


Innerhalb der drei Ausgabengruppen war die Entwicklung recht unterschiedlich (siehe Tabelle).

Die Zunahme der Verwaltungs- und Zweckausgaben ist allein auf die Erhöhung der Personalausgaben und der Zinszahlungen zurückzuführen. Alle übrigen Posten, wie etwa die Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen und die Zuweisungen an Zweckverbände, gingen zurück. Die Personalausgaben, die mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben ausmachen, erhöhten sich um 53 Mill. DM oder 7%, also weit überdurchschnittlich, auf 811 Mill. DM. Der Zuwachs war aber nicht so hoch wie in den beiden vorangegangenen Jahren. Am stärksten, nämlich um ein Zehntel oder 15 Mill. DM, sind die Angestelltenvergütungen gestiegen. Hier wirkte sich der Bewährungsaufstieg, der am 1.1.1966 eingeführt wurde, sowie die lineare Erhöhung der Grundvergütungen um 6% ab 1.4.1966 und um 2% ab 1.10.1966 und eine Steigerung des Ortszuschlags um jeweils etwa 4% ab 1.1.1966 und ab 1.10.1966 aus. Sie stellen jedoch nur ein Fünftel der gesamten Personalausgaben. Den vorwiegend hoheitlichen Aufgaben des Landes entsprechend machen die Beamtenbezüge über die Hälfte aus. Sie stiegen um 21 Mill. DM oder gut 5%. Die Beamtenbezüge wurden am 1.1.1966 und am 1.10.1966 um jeweils 4% erhöht. Die Anzahl der im Landesdienst beschäftigten Arbeiter ist nicht sehr hoch. Der Anteil der Arbeiterlöhne an den gesamten Personalausgaben des Landes macht daher nur wenig mehr als 3% aus. Die Arbeiterlöhne erhöhten sich leicht überdurch-

Personalausgaben des Landes 1966 nach ausgewählten Aufgabenbereichen

D - 3897



schnittlich um 9%. An Versorgungsbezügen mußte das Land 181 Mill. DM auszahlen. Das sind reichlich ein Fünftel der gesamten Personalausgaben. Da die Versorgungsbezüge entsprechend den Aktivitätsbezügen erhöht werden, stiegen sie kräftig um 7% an.

Der Anfang des Konjunkturtiefs und die dabei einsetzenden Zinssatzerhöhungen schlugen sich bei den Zinszahlungen nieder. Das Land mußte 23 Mill. DM oder ein Drittel mehr an Zinszahlungen aufbringen als ein Jahr

Gesamtausgaben des Landes

Ausgabeart	1965		1966	
	Mill. DM	Anteil	Anteil	Veränderung
				in %
Verwaltungs- und Zweckausgaben	1 507	1 542	68	+ 2,4
Personalausgaben	758	811	36	+ 7,0
Unterhaltung von unbewegl. Vermögen	38	36	2	- 5,3
Zinsen	67	90	4	+ 34,8
Zuweisungen an Zweckverbände u. a.	221	193	8	- 12,5
Übrige	422	411	18	- 2,6
Ausgaben der Vermögensbewegung	225	223	10	- 0,8
Tilgung	33	44	2	+ 33,0
Gewährung von Darlehen	81	63	3	- 21,5
Zuführung an Rücklagen	3	5	0	+ 61,8
Erwerb von Beteiligungen	0	5	0	.
Erwerb von Grundvermögen	5	8	0	+ 59,0
Bauinvestitionen	85	80	3	- 6,8
Neuanschaffung von bewegl. Vermögen	17	17	1	+ 0,2
Zahlungen an Gebietskörperschaften	467	518	23	+ 10,9
Bund, Lastenausgleichsfonds, Länder	77	113	5	+ 47,2
Gemeinden und Gemeindeverbände	391	405	18	+ 3,7
Gesamtausgaben	2 199	2 284	100	+ 3,8

zuvor. Das sind zwar immer noch nur 4% der Gesamtausgaben, ihr Anteil erhöhte sich jedoch um einen Punkt.

Die Ausgaben der Vermögensbewegung nehmen beim Land nicht einen so großen Raum ein wie bei den Gemeinden, da das Land nicht so häufig als Bauträger auftritt. Die Gemeinden erhalten allerdings vom Land entsprechende Zuweisungen. Insgesamt waren die Ausgaben der Vermögensbewegung rückläufig, was auf die beiden Hauptposten, die Gewährung von Darlehen und die Bauinvestitionen, zurückzuführen ist. Das Land schränkte seine Darlehen um ein Fünftel oder über 17 Mill. DM ein und stellte für Bauinvestitionen 6 Mill. DM oder 7% weniger zur Verfügung als 1965. Gleichzeitig verstärkte das Land seine Schuldentilgung. Es verwendete 11 Mill. DM oder ein Drittel mehr dafür als ein Jahr zuvor. In diesen Rahmen, der durch das Bemühen, die Finanzlage des Landes zumindest nicht zu verschlechtern, gekennzeichnet wird, paßt genau die Erhöhung der Rücklagen und der gesteigerte Erwerb von Beteiligungen und Grundvermögen. Es sind zwar nur kleine Beträge, sie wurden jedoch kräftig erhöht. Bei den Beteiligungen handelt es sich um eine Erhöhung des Anteils des Landes an der Landesbank und Girozentrale.

Der dritte Bestandteil der Gesamtausgaben, die Zahlungen an Gebietskörperschaften, erhöhte sich um ein Zehntel oder 51 Mill. DM. Die höheren Ausgaben flossen hauptsächlich dem Bund und den Ländern zu und belasteten den Landeshaushalt empfindlich, da sie teilweise unvorhergesehen waren. Der größte Posten waren die Rückzahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs. Hier waren Schleswig-Holstein auf Grund der vorläufigen Berechnungen über 20 Mill. DM zuviel zugeflossen, die wieder zurückgezahlt werden mußten. Außerdem wurden verstärkt Mittel getilgt, die der Bund und der Lastenausgleichsfonds für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt hatten.

Den eigenen Gemeinden und Gemeindeverbänden wies das Land 405 Mill. DM zu. Das waren 14 Mill. DM oder 4% mehr als 1965. Fast sechs Zehntel dieser Mittel, nämlich 235 Mill. DM, sind allgemeine Finanzzuweisungen. Sie wurden um 7 Mill. DM oder gut 3% aufgestockt. Reichlich zwei Drittel dieser allgemeinen Finanzzuweisungen sind Schlüsselzuweisungen, die 1966 um 4 Mill. DM oder knapp 3% auf 159 Mill. DM verstärkt wurden. Das kräftig gestiegene Kraftfahrzeugsteueraufkommen (+ 10%) ermöglichte es dem Land, 6 Mill. DM mehr aus dieser Einnahmequelle den Gemeinden zu überweisen. In den Zuweisungen an die Gemeinden ist auch das Wohngeld enthalten, das je zur Hälfte vom

Bund und vom Land getragen wird. Es verdoppelte sich auf 23 Mill. DM.

Schwerpunkt der Ausgaben im Bereich Unterricht und Wissenschaft

Die Ausgaben des Landes können nach drei Gesichtspunkten eingeteilt werden. Einmal, wieviel das Land insgesamt ausgegeben hat, das sind die Gesamtausgaben, dann, wieviel das Land aus eigenen Mitteln finanziert hat, das sind die Nettoausgaben, und außerdem, wieviel das Land selbst verwendet hat, das sind die Unmittelbaren Ausgaben. Den Unterschied zwischen diesen Ausgabensummen bilden lediglich die Zahlungen zwischen den Gebietskörperschaften: Werden die Gesamtausgaben um die Zahlungen von anderen Gebietskörperschaften vermindert, so bleiben die Nettoausgaben übrig; werden die Gesamtausgaben um die Zahlungen an andere Gebietskörperschaften vermindert, so ergeben sich die Unmittelbaren Ausgaben.

Zunächst soll die Ausgabenstruktur des Landes ohne Rücksicht auf die Herkunft und den eigentlichen Verwender der Mittel, also die Gesamtausgaben, untersucht werden. Ein großer Teil der Gesamtausgaben fällt unter den Aufgabenbereich Allgemeine Finanzen. Er stellt mit 616 Mill. DM mehr als ein Viertel der Gesamtausgaben des Landes. Das liegt daran, daß hier die allgemeinen Finanzzuweisungen an die Gemeinden, der Schuldendienst und die Versorgungsleistungen des Landes zentral verbucht werden. Wie schon an anderer Stelle erwähnt, erhöhte sich das Volumen des Schuldendienstes kräftig, so daß auch die Gesamtausgaben des Aufgabenbereiches Allgemeine Finanzen überdurchschnittlich stiegen. Sie weisen einen Zuwachs von 81 Mill. DM oder 15% auf. Von den echten Aufgabenbereichen, d. h. solchen, in denen nicht Mittel für andere Aufgabenbereiche durchlaufen, ragt der Bereich Unterricht mit 304 Mill. DM oder 13% der Gesamtausgaben heraus. Faßt man ihn mit dem Bereich Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zusammen, so stellte das Land ein Fünftel oder 456 Mill. DM seiner Gesamtausgaben für Unterricht und Wissenschaft zur Verfügung. Es wurden 27 Mill. DM oder 6% mehr dafür ausgegeben als 1965. Interessant ist es, daß für die Volksschulen mehr als für den ganzen Bereich Wissenschaft, Kunst und Volksbildung verwendet werden, nämlich 157 Mill. DM gegenüber 153 Mill. DM. In unserem Land, das stärker als andere Bundesländer landwirtschaftlich orientiert ist, überrascht es nicht, daß die Gesamtausgaben für den Aufgabenbereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über ein Zehntel ausmachen. Sein Anteil ist

Gesamtausgaben des Landes nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	1965		1966	
	Mill. DM		Anteil	Veränderung
				in %
Oberste Staatsorgane, Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben	59	65	3	+ 9,9
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	91	92	4	+ 1,3
Polizei	83	89	4	+ 6,9
Rechtsschutz	73	77	3	+ 5,3
Finanzverwaltung	52	56	2	+ 8,1
Unterricht	286	304	13	+ 6,1
Volksschulen	150	157	7	+ 4,1
Realschulen	37	38	2	+ 3,1
Gymnasien	58	66	3	+ 14,7
Berufsbildende Schulen	41	42	2	+ 4,3
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	143	153	7	+ 7,0
Soziale Sicherung	144	157	7	+ 8,5
Gesundheit, Sport und Leibesübungen	54	59	3	+ 8,0
Krankenhäuser, Heilstätten, Anstalten	42	46	2	+ 7,6
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	300	265	12	- 11,7
Wasserwirtschaft und Kulturbau	138	111	5	- 19,6
Verkehr	120	122	5	+ 1,6
Bauverwaltung und Wohnungswirtschaft	124	127	6	+ 2,5
Allgemeine Finanzen	535	616	27	+ 15,1
Übrige	80	81	4	+ 1,7
Insgesamt	2 199	2 284	100	+ 3,8

jedoch kräftig zurückgegangen. Anstelle von 300 Mill. DM im Jahr zuvor wurden nämlich 1966 nur noch 265 Mill. DM aufgewendet. Das ist sowohl auf verminderte Zuweisungen des Bundes als auch auf geringere Leistungen des Landes zurückzuführen. Das gleiche Bild ergibt sich für den Bereich Wasserwirtschaft und Kulturbau, dessen Mittel um ein Fünftel gekürzt wurden. Zu den gewichtigeren Aufgabenbereichen zählen noch Soziale Sicherung, Bauverwaltung und Wohnungswirtschaft sowie Verkehr. Fast 7% oder 157 Mill. DM der Gesamtausgaben fließen der Sozialen Sicherung zu. Die größten Beträge davon werden für die Sozialhilfe, das sind hauptsächlich Pflegekosten für Geisteskranke in landeseigenen und anderen Anstalten, und Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds verausgabt. Die Zuwachsrate war für den Bereich Soziale Sicherung mit gut 8% überdurchschnittlich. Anders sieht es in den Bereichen Verkehr und Bauverwaltung und Wohnungswirtschaft aus. Hier liegen die Zuwachsraten mit knapp 2% und 3% unter dem Durchschnitt von fast 4%. Sie beanspruchen aber immerhin gut 5% und beinahe 6% der Gesamtausgaben, während es für die Finanzverwaltung sowie für Gesundheit, Sport und Leibesübungen nur jeweils etwa 2,5% gewesen sind. Ihre Gesamtausgaben wurden allerdings um jeweils 8% gesteigert.

Für eine Untersuchung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen eignen sich die Unmittel-

baren Ausgaben besser als die Gesamtausgaben, weil bei dieser Ausgabenart das Land als der eigentliche Ausgeber auftritt und in ihr keine Mittel mehr enthalten sind, die nur weitergeleitet werden. Was sich nicht ausschalten läßt, ist die Beeinflussung der Ausgabenstruktur durch die zentral nachgewiesenen Mittel im Bereich Allgemeine Finanzen. Der Aufgabenbereich Allgemeine Finanzen nimmt daher auch unter den Unmittelbaren Ausgaben des Landes mit fast einem Fünftel die Spitze ein. Über 328 Mill. DM gab das Land für Schuldzinsen, Tilgungen, Rücklagen und die Versorgung aus. Der Abstand zum zweitgrößten, dem Bereich Unterricht, ist jedoch nicht mehr so groß, da die Allgemeinen Finanzaufweisungen an die Gemeinden selbstverständlich größer sind als die speziellen im Bereich Unterricht. Über 15% oder 271 Mill. DM konnten im Bereich Unterricht an Unmittelbaren Ausgaben verausgabt werden. Das waren 14 Mill. DM oder 5% mehr als ein Jahr zuvor. Zusammen mit dem Bereich Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stehen sie sogar an erster Stelle. Danach verwendete das Land fast ein Viertel oder 411 Mill. DM seiner Unmittelbaren Ausgaben für Unterricht und Wissenschaft. Es steigerte diese Aufwendungen um 5%. Die Unmittelbaren Ausgaben des Landes für den Aufgabenbereich Unterricht sind fast ausschließlich Personalausgaben. Die zweite Komponente, die Ausgaben der Vermögensbewegung, schlagen kaum zu Buche, da die Gemeinden und Gemeindeverbände meist die Schulträger sind. Die Bauinvestitionen laufen deshalb über ihre Rechnung, während auf der anderen Seite die Lehrerbesehung fast allein Aufgabe des Landes ist. Über neun Zehntel der Unmittelbaren Ausgaben sind Personalausgaben, ein Anteil, der in keinem anderen Aufgabenbereich erreicht wird. Das Gewicht wird noch dadurch unterstrichen, daß vier Zehntel der gesamten Personalausgaben des Landes - ohne Versorgung, die, wie schon oben dargelegt, im Aufgabenbereich Allgemeine Finanzen zentral nachgewiesen wird - für den Bereich Unterricht aufgewendet werden.

Die Bereiche Unterricht und Wissenschaft zusammen beanspruchen die Hälfte der gesamten Personalausgaben. Die Mittel für den Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten werden überwiegend vom Land selbst an den eigentlichen Empfänger gezahlt, so daß die Unmittelbaren Ausgaben dieses Bereichs mit 248 Mill. DM oder 14% knapp hinter dem Bereich Unterricht den dritten Platz einnehmen. Sie waren ebenso wie die Unmittelbaren Ausgaben des Bereichs Wasserwirtschaft und Kulturbau rückläufig. In beiden Bereichen handelt es sich fast ausschließlich um Investitionszahlungen. Die Personal-

ausgaben machen nämlich nur 5% und 4% aus. Das sind die niedrigsten Personalkostenanteile aller Aufgabenbereiche.

Alle anderen Aufgabenbereiche fallen gegenüber den Anteilen von Allgemeinen Finanzen, Unterricht sowie Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die die Hälfte der gesamten Unmittelbaren Ausgaben stellen, ab. Erwähnt seien noch die Bereiche Bauverwaltung und Wohnungswirtschaft und Verkehr, die 7% und knapp 5% der Unmittelbaren Ausgaben auf sich vereinigen, sowie Gesundheit, Sport und Leibesübungen, dessen Unmittelbare Ausgaben um ein Zehntel anstiegen.

Unmittelbare Ausgaben und Nettoausgaben des Landes nach Aufgabenbereichen 1966

Aufgabenbereich	Unmittelbare Ausgaben		Nettoausgaben	
	Mill. DM	Veränderung gegenüber 1965 in %	Mill. DM	Veränderung gegenüber 1965 in %
Oberste Staatsorgane, Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben	63	+ 9,9	64	+ 10,3
Öffentliche Sicherheit und Ordnung Polizei	92 88	+ 1,6 + 6,8	88 89	+ 2,5 + 6,9
Rechtsschutz	76	+ 5,1	77	+ 5,3
Finanzverwaltung	56	+ 8,0	56	+ 8,1
Unterricht	271	+ 5,4	263	+ 5,1
Volksschulen	142	+ 4,4	131	+ 1,9
Realschulen	35	+ 5,5	34	+ 2,6
Gymnasien	54	+ 9,3	60	+ 15,2
Berufsbildende Schulen	39	+ 3,6	39	+ 3,8
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	140	+ 3,3	129	+ 5,0
Soziale Sicherung	81	+ 6,2	113	+ 13,2
Gesundheit, Sport und Leibesübungen	51	+ 10,3	57	+ 8,2
Krankenhäuser, Heilstätten, Anstalten	41	+ 7,9	45	+ 7,4
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	248	- 14,2	102	- 18,2
Wasserwirtschaft und Kulturbau	99	- 17,4	42	- 36,2
Verkehr	80	+ 1,3	107	- 3,7
Bauverwaltung und Wohnungswirtschaft	127	+ 2,6	70	+ 4,0
Allgemeine Finanzen	328	+ 16,4	135	+ 23,5
Übrige	54	+ 4,7	78	+ 4,0
Insgesamt	1 766	+ 1,9	1 380	+ 2,5

Die Nettoausgaben des Landes erhöhten sich etwas kräftiger als die Unmittelbaren Ausgaben, aber nicht so viel wie die Gesamtausgaben. Das bedeutet einerseits, daß die Zuwachsrate der Zahlungen von anderen Gebietskörperschaften höher gewesen ist als die Zuwachsrate der eigenen Einnahmen und andererseits, daß die Zuwachsrate der Zahlungen an andere Gebietskörperschaften größer gewesen ist als die der eigenen Ausgaben. Sechs Zehntel der Gesamtausgaben sind Nettoausgaben. Unter diesem Blickwinkel betrachtet, sieht die Struktur der Ausgaben selbstverständlich völlig anders aus. Am stärksten wird davon

erwartungsgemäß der Aufgabenbereich Allgemeine Finanzen betroffen. Dieser Bereich machte bei den Gesamtausgaben noch beinahe drei Zehntel und bei den Unmittelbaren Ausgaben zwei Zehntel aus. Er stellt bei den Nettoausgaben nur noch ein Zehntel, weist aber trotzdem, wie bei den anderen Ausgabesummen, mit fast einem Viertel die größte Zuwachsrate nach. Den stärksten Posten der Nettoausgaben des Landes erhält der Bereich Unterricht. Für ihn wurden 263 Mill. DM oder ein Fünftel aller Nettoausgaben verausgabt. Sie wurden um 13 Mill. DM oder 5% gesteigert. Die Hälfte des Betrages wurde für die Volksschulen verbraucht. Der Wissenschaft, Kunst und Volksbildung flossen 129 Mill. DM oder knapp ein Zehntel der Nettoausgaben zu. Das Land hat also 392 Mill. DM oder fast drei Zehntel seiner eigenen Mittel für Unterricht und Wissenschaft zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag wurde um 19 Mill. DM oder 5% aufgestockt. Nicht unbeträchtliche Mittel wurden für die Soziale Sicherung verwandt, und zwar 113 Mill. DM oder 8% der Nettoausgaben. Es mußten 13 Mill. DM oder 13% mehr bereitgestellt werden als 1965. Das ist u. a. auf die verstärkten Wohngeldzahlungen zurückzuführen, die bekanntlich vom Bund und Land je zur Hälfte getragen werden. Das Verkehrswesen erhielt trotz einer Verminderung um 4 Mill. DM oder 4% gut 107 Mill. DM oder 8% der Nettoausgaben und ist damit der fünfgrößte Bereich. Die Mittel für die Bereiche Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Wasserwirtschaft und Kulturbau wurden erheblich beschnitten. Sie wurden um 23 und 24 Mill. DM gekürzt, das sind bei Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 18% und bei Wasserwirtschaft und Kulturbau 36% weniger als 1965.

Vier Zehntel der Einnahmen sind Steuern

Die Gesamteinnahmen des Landes Schleswig-Holstein beliefen sich im Jahr 1966 auf 2,3 Milliarden DM. Sie waren damit um 95 Mill. DM oder 4% höher als 1965. Da die Ausgaben nicht im gleichen Umfang gesteigert wurden, ergaben sich per Saldo rechnungsmäßige Mehreinnahmen in Höhe von 17 Mill. DM. Auch 1965 sind Mehreinnahmen zu verzeichnen gewesen, denen jedoch beträchtliche Mindereinnahmen ein Jahr zuvor gegenüberstehen. Unter Berücksichtigung der Abwicklung der Vorjahre treten daher 1966 Mehrausgaben in Höhe von 1,4 Mill. DM auf.

Die Struktur der Einnahmeseite wird nach wie vor von den Verwaltungs- und Betriebs-einnahmen geprägt. Es haben sich jedoch einige Verschiebungen ergeben. Am auffälligsten ist die Verminderung der Einnahmen

der Vermögensbewegung. Sie gingen um 14% oder 32 Mill. DM auf 205 Mill. DM zurück. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen verringerte sich dadurch, und weil gleichzeitig die beiden anderen Haupteinnahmearten zunahmen, von 11% auf 9%. Der Anteil der Verwaltungs- und Betriebseinnahmen stieg von 51% auf 52% und der der Zahlungen von Gebietskörperschaften blieb trotz einer leichten Steigerung bei 39%.

Gesamteinnahmen des Landes

Einnahmeart	1965		1966	
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Veränderung in %
Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	1 116	1 192	52	+ 6,9
Steuern	917	982	43	+ 7,1
darunter				
Steuern vom Einkommen	711	759	33	+ 6,9
Vermögensteuer	35	39	2	+ 11,5
Erbschaftsteuer	7	8	0	+ 5,8
Grunderwerbsteuer	18	15	1	- 12,4
Kapitalverkehrsteuer	2	3	0	+ 53,8
Kraftfahrzeugsteuer	106	116	5	+ 9,6
Versicherungsteuer	7	8	0	+ 4,7
Rennwett- und Lotteriesteuer	15	16	1	+ 7,5
Biersteuer	9	9	0	+ 5,1
Einnahmen aus Spiel- und Wettunternehmen	28	32	1	+ 15,4
Übrige	171	178	8	+ 4,4
Einnahmen der Vermögensbewegung	237	205	9	- 13,6
darunter				
Schuldenaufnahmen	201	177	8	- 12,0
Entnahmen aus Rücklagen	9	7	0	- 21,1
Darlehensrückflüsse	23	18	1	- 21,8
Zahlungen von Gebietskörperschaften	852	904	39	+ 6,0
Bund	425	452	20	+ 6,6
Lastenausgleichsfonds	1	2	0	+ 56,1
Länder	374	394	17	+ 5,2
darunter				
Länderfinanzausgleich	370	388	17	+ 4,7
Gemeinden und Gemeindeverbände	52	56	2	+ 6,1
Gesamteinnahmen	2 205	2 301	100	+ 4,3

Die Verwaltungs- und Betriebseinnahmen stiegen um 7% oder 77 Mill. DM auf 1,2 Milliarden DM. Ihre günstige Entwicklung haben sie in erster Linie den Steuereinnahmen zu verdanken, die 65 Mill. DM oder 7% mehr einbrachten als 1965. Aber auch die Einnahmen aus Spiel- und Wettunternehmen trugen mit einer Zunahme von 4 Mill. DM oder 15% dazu bei. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen macht jedoch nur wenig mehr als 1% aus, während die Steuern über vier Zehntel stellen. Unter den Steuern dominieren die Steuern vom Einkommen mit 759 Mill. DM oder einem

Drittel der Gesamteinnahmen. Sie erbringen reichlich drei Viertel der gesamten Steuereinnahmen und vermehrten sich um 7%. Die Kraftfahrzeugsteuer, die nach dem Finanzausgleichsgesetz von 1964 zu 60% den Gemeinden zufließt, ist die zweitwichtigste Steuer. Die schleswig-holsteinischen Kraftfahrzeugbesitzer mußten 116 Mill. DM an Steuern zahlen. Das waren 10 Mill. DM oder ein Zehntel mehr als 1965. Einiges Gewicht hat außer diesen beiden Steuerarten nur noch die Vermögensteuer, die sich um 11% erhöhte und mit 39 Mill. DM 2% zu den Gesamteinnahmen beisteuerte. Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer waren als einzige rückläufig. In den übrigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, die um 4% anstiegen, sind hauptsächlich Gebühren, Entgelte und Strafen enthalten.

Alle Arten der Einnahmen der Vermögensbewegung waren 1966 niedriger als ein Jahr zuvor. Das Land verschuldete sich nur noch mit 177 Mill. DM neu, was eine Einschränkung um 24 Mill. DM oder 12% bedeutet. Der Anteil der Schuldenaufnahmen an den Gesamteinnahmen ging dadurch von 9% auf 8% zurück. Auch aus den Rücklagen wurden nicht so viele Mittel entnommen. Die Entnahmen waren um 1,9 Mill. DM oder ein Fünftel geringer. Die gleiche Quote ergibt sich bei den Darlehensrückflüssen.

Der dritte Hauptbestandteil der Gesamteinnahmen, die Zahlungen von Gebietskörperschaften, stieg auf 904 Mill. DM zu den Gesamteinnahmen bei. Sie erhöhten sich um 6%. Mit 452 Mill. DM stellen die Zuweisungen und Darlehensrückflüsse vom Bund die Hälfte der Zahlungen von Gebietskörperschaften und ein Fünftel der Gesamteinnahmen. Den größten Posten machen dabei die Zuweisungen im Rahmen des Grünen Plans und des Programms Nord aus, die allerdings leicht zurückgingen. Außerdem erhielt das Land 1966 eine allgemeine Strukturhilfe in Höhe von 30 Mill. DM. Nur dadurch erhöhten sich die Zahlungen des Bundes um 7% oder 28 Mill. DM. Die Zahlungen des Lastenausgleichsfonds sind unbedeutend. Bei den Zuweisungen der Länder handelte es sich fast ausschließlich um Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs. Im Jahre 1966 erhielt das Land 388 Mill. DM. Damit trägt der Länderfinanzausgleich 17% der Gesamteinnahmen. Er wurde um 5% vermehrt. Von den Gemeinden und Gemeindeverbänden erhielt das Land 56 Mill. DM, das sind hauptsächlich Schulbeiträge.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Der Verbrauch in ausgewählten Angestellten- und Beamtenfamilien im Bundesgebiet

In den Wohlstandsgesellschaften der Industrieländer ist das Verbrauchen die volkswirtschaftlich wichtigste Tätigkeit. Rohstoffgewinnung, Güterproduktion, Werbung und Handel sind auf den Endverbrauch der hergestellten Waren und Leistungen ausgerichtet. Ein anhaltender Rückgang des Verbrauchs im Inland oder ein Sinken des Exports beeinträchtigt die gesamte Wirtschaft eines Landes. Das Verbrauchen ist für den Wirtschaftsablauf so bedeutungsvoll, daß die Hersteller "um die Wette den Kunden umwerben" oder, wie es das Fremdwort Konkurrenz ausdrückt, "zusammen dem Kunden nachlaufen". Wie wichtig der Konsum genommen wird, zeigt sich auch daran, daß das Sozialprestige heute weitgehend daran gemessen wird, welche hochwertigen Gebrauchsgüter jemand besitzt. Im vorigen Jahrhundert richtete sich der soziale Rang eher nach dem Eigentum an Produktionsmitteln (Gutsbesitzer, Fabrikant), jetzt steht dagegen die Einstufung nach dem Besitz von Konsumgütern (Eigentümer eines Großwagens, Bungalowbewohner) mehr im Vordergrund. Die Bedeutung des Verbrauchs nimmt in wachsenden Volkswirtschaften ständig zu. Durch die Automation wird die Arbeitszeit kürzer und die Freizeit, also die zum Konsumieren verfügbare Zeit, immer länger.

Wegen dieser überragenden Bedeutung, die das Verbrauchen im gesamten Wirtschaftskreislauf der modernen Industrieländer einnimmt, sind die Regierungen dieser Länder auf eine statistische Durchleuchtung des privaten Verbrauchs angewiesen. Die Kenntnis der makro-ökonomischen Größe "privater Verbrauch", d. h. die in Geld bewertete verbrauchte Gütermenge einer bestimmten Periode, würde aber für die Belange der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht ausreichen. Um über den privaten Verbrauch einer Volkswirtschaft mehr zu erfahren, benötigt man Angaben darüber, wie er sich nach Waren- und Bedarfsgruppen zusammensetzt. Außerdem braucht man Informationen über die Abhängigkeit der Verbrauchsstruktur von anderen ökonomischen Größen, wie dem Haushaltseinkommen, der Größe und Zusammensetzung der Haushalte und der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes. Unter ökonomischem Blickwinkel interessieren auch die Verflechtung der privaten Haushalte mit den übrigen Sektoren der Volkswirtschaft und die wirtschaftlichen Vorgänge in den Haushalten selbst. Für die Bestrebungen um eine gesunde und ausreichende Ernährung werden detaillierte Angaben über die Struktur des Nahrungsmittelverbrauchs benötigt. Alle diese Informa-

tionen gewinnt man nur durch statistische Erhebungen direkt bei den privaten Haushalten.

Die amtliche "Statistik der Wirtschaftsrechnungen" erfaßt schon seit Jahren bei einer begrenzten Zahl ausgewählter Haushalte vollständige Einnahme/Ausgaberechnungen. Bei der Auswahl der buchführenden Haushalte hat man nicht einen repräsentativen Querschnitt der gesamten Bevölkerung angestrebt, sondern sich auf bestimmte voneinander abgegrenzte Gruppen von Haushalten (Haushaltstypen) beschränkt. Abgrenzungsmerkmale sind: das gesamte Haushaltseinkommen, das Brutto-Arbeitseinkommen und die soziale Stellung des Haushaltsvorstandes, die Haushaltsgröße (Personenzahl) und die Bevölkerungszahl des Wohnortes. Als man überlegte, welche Haushaltstypen für die statistische Erfassung genommen werden sollten, berücksichtigte man auch, daß die Ergebnisse über die Zusammensetzung des Verbrauchs als Mengenschema (Warenkorb) für die Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltung benötigt werden.

Seit 1950 wertet man in der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen die Aufzeichnungen von Angestellten- und Arbeiterhaushalten mit mittlerem Einkommen aus. Es handelt sich dabei um Ehepaare mit zwei Kindern, von denen mindestens eines jünger als 15 Jahre ist. Die Haushalte wohnen in Städten mit über 20 000 Einwohnern und ihr monatliches Brutto-Haushaltseinkommen belief sich 1966 im Mittel auf 1 180 DM. Seit 1954 werden auch Zwei-Personenhaushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern beobachtet. Anfang 1964 wurden Vier-Personenhaushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen in die Statistik einbezogen. Die folgenden Ausführungen beziehen sich in erster Linie auf diesen neu aufgenommenen Haushaltstyp.

Die Ausstattung der Haushalte

Auch bei den buchführenden Beamten- und Angestelltenfamilien mit höherem Einkommen handelt es sich um Ehepaare mit zwei Kindern, die in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern oder im Einzugsgebiet größerer Städte wohnen. Ihr monatliches Brutto-Haushaltseinkommen betrug 1966 im Schnitt 2 235 DM. Das durchschnittliche Brutto-Arbeitseinkommen der Haushaltsvorstände belief sich auf 2 051 DM. Bei den restlichen 184 DM handelt es sich um Einkommen der Ehefrauen und Kinder, Einkommen aus frei-

beruflicher Tätigkeit, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Zinsen und Dividenden, Renten, Rückerstattungen von Versicherungen und Geldgeschenke. Gut die Hälfte aller Haushaltsvorstände hatte im Berichtsjahr 1966 ein Alter zwischen 36 und 40 Jahren. Die Mehrzahl der Ehefrauen war zwischen 26 und 45 Jahre alt. Die Kinder gehörten in fast gleicher Anzahl den Altersgruppen zwischen dem 1. und 6., dem 7. und 10. sowie dem 11. und 16. Lebensjahr an. Ein Siebtel der Kinder war älter als 15 Jahre. Sieben Zehntel der Haushalte wohnten in 4-Zimmer-Mietwohnungen mit einer durchschnittlichen Größe von 88 qm. Die durchschnittliche Miete belief sich je Haushalt und Monat auf 183 DM. Ein Viertel der buchführenden Beamten- und Angestelltenhaushalte waren Eigentümer des Wohngebäudes. Ihre Wohnungen hatten fünf Zimmer und umfaßten im Durchschnitt 107 qm. Die übrigen Haushalte (4%) besaßen überwiegend 4-Zimmer-Eigentumswohnungen mit durchschnittlich 90 qm Wohnfläche.

Mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern waren die Haushalte im Dezember 1966 folgendermaßen ausgestattet:

	einen Staubsauger	besaßen 99 %
	einen Kühlschrank	" 97 %
mindestens	einen Fotoapparat	" 94 %
mindestens	ein Radio	" 93 %
	ein Personenauto	" 76 %
mindestens	ein Fahrrad	" 71 %
	ein Fernsehgerät	" 70 %
	ein Telefon	" 67 %
	einen Plattenspieler	" 59 %
	einen Handrührer oder Handmixer (elektr.)	" 57 %
	eine Küchenmaschine (elektr.)	" 46 %
	eine Nähmaschine (elektr.)	" 41 %
	einen Waschvollautomaten	" 40 %
	eine Wäscheschleuder	" 37 %
	einen Diaprojektor	" 36 %
	eine Nähmaschine (mech.)	" 36 %
	eine Musiktube oder einen Musikschränk	" 35 %
	ein Tonbandgerät	" 29 %
	eine Waschmaschine	" 27 %
	eine Waschkombination	" 16 %
	einen Grill (elektr.)	" 13 %
	eine Filmkamera	" 12 %
	einen Filmprojektor	" 11 %
	einen Heimbügler	" 9 %
	eine Tiefkühltruhe	" 4 %
	eine Geschirrspülmaschine	" 3 %
	ein Moped	" 2 %
	ein Motorrad	" 1 %

Ende 1966 waren diese Beamten- und Angestelltenfamilien also mit Staubsaugern, Kühlschränken, Radiogeräten (einschließlich Musikschränken), Fotoapparaten sowie elektrischen Handmixern oder vollständigen Küchenmaschinen voll versorgt. Auch noch recht gut ausgestattet (nämlich jeweils 59% bis 83% aller Fälle) waren sie mit elektrischen Waschmaschinen (einschließlich Waschkombinationen und Waschvollautomaten), mit Nähmaschinen, Personenaautos, Fahrrädern, Fernsehgeräten, Telefonen und Plattenspielern.

Interessant ist, wie sich die Versorgung mit bestimmten Verbrauchsgütern in den letzten zwei Jahren seit 1964 bei den buchführenden Familien mit höherem Einkommen geändert hat. Hierbei ist allerdings zu bedenken, daß der Kreis der buchführenden Haushalte ständig fluktuiert; Haushalte, die nicht mehr anschreiben wollen oder deren Einkommen oder Kinderzahl nicht mit den vorgeschriebenen Merkmalen übereinstimmt, müssen durch neue Haushalte ersetzt werden. Im Verhältnis am stärksten nahm die Ausstattung mit Musiktuben oder mit Musikschränken zu. Der Anteil der Haushalte, die diese Geräte besitzen, erhöhte sich von 23% auf 35%, also um mehr als die Hälfte. Das Filmen ist von immer mehr Haushalten in den letzten Jahren als Hobby entdeckt worden. Der Anteil der Filmkamerabesitzer stieg von 8,5% auf 12%, also um vier Zehntel. Außerdem waren die Haushalte 1966 auffallend besser mit Tonbandgeräten, Diaprojektoren, Fernsehgeräten, Handmixern und Personenaautos versorgt.

Dagegen ist der Ausstattungsgrad der Haushalte mit einigen der hier ausgewählten Gebrauchsgüter nahezu unverändert niedrig geblieben oder sogar gesunken. Hierzu gehören die Geschirrspülmaschinen, der elektrische Grill, der Heimbügler sowie das Moped und das Motorrad. Das maschinelle Nähen im Haushalt wird anscheinend nach und nach elektrifiziert. Der Anteil der mechanischen Nähmaschinen nahm in den drei Jahren merklich zugunsten der elektrischen ab.

Bemerkenswert ist, daß diese Beamten- und Angestelltenfamilien, die 1966 im Monatsdurchschnitt immerhin über Nettoeinkommen und zusätzliche Einnahmen in Höhe von 2 070 DM verfügten, auffallend geringer mit Fernsehgeräten versorgt waren, als mit Radioapparaten und Musikschränken. Der Anteil der Fernsehbesitzer hatte sich zwar in den zwei Jahren von 55% auf 70% erhöht. Es blieben aber noch drei Zehntel, die in Bezug auf das Fernsehen ganz bewußt Konsumverzicht übten; denn bei dem hohen verfügbaren Einkommen hätten sie sich sicher

einen Fernsehapparat kaufen können, wenn sie es gewollt hätten. Bei den Arbeiter- und Angestelltenfamilien mit mittlerem Einkommen, die 1966 durchschnittlich je Monat 1 043 DM an Nettoeinkommen und zusätzlichen Einnahmen zur Verfügung hatten, betrug der Anteil der Besitzer von Fernsehapparaten Ende 1966 75%. Er war also größer als bei den Familien mit höherem Einkommen.

Bei den Haushalten mit mittlerem Einkommen war die Elektrifizierung des Nähens noch nicht so weit fortgeschritten; denn bei ihnen waren die mechanischen Nähmaschinen im Verhältnis stärker verbreitet, als bei den Haushalten mit höherem Einkommen. Außerdem fand man bei den Haushalten mit mittlerem Einkommen relativ mehr einfache elektrische Waschmaschinen und Wäscheschleudern vor und weniger Waschautomaten und Waschkombinationen. Ähnlich wie mit der Elektrifizierung des Nähens und der Automation des Waschens ist die Motorisierung in diesen Haushalten noch nicht so weit gediehen. Sie besitzen im Verhältnis mehr Motorräder und Mopeds und in viel geringerem Maße Personautos als die Haushalte mit höherem Einkommen. Auch mit den übrigen ausgewählten Gebrauchsgütern waren die Angestellten- und Arbeiterfamilien mit mittlerem Einkommen schlechter versorgt als die Angestellten- und Beamtenfamilien mit höherem Einkommen. Sehr ausgeprägt war der Unterschied bei den Geräten, die im allgemeinen zur Pflege eines Steckenpferdes dienen, wie Filmkameras und -vorführgeräte sowie Diaprojektoren und Tonbandgeräte. Am krassesten jedoch war die unterschiedliche Versorgung mit Telefonen; zwei Drittel der Haushalte mit höherem Einkommen verfügten Ende 1966 über einen Telefonanschluß, dagegen nur 12% der Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Die Struktur der Ausgaben für den privaten Verbrauch

Im Jahre 1966 erzielten die buchführenden Angestellten- und Beamtenfamilien ein durchschnittliches Brutto-Haushaltseinkommen von 2 235 DM im Monat. Hiervon zahlten sie im Mittel jeden Monat 236 DM für Lohn- und Kirchensteuern und 25 DM für Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, so daß ihnen ein Nettoeinkommen von 1 975 DM verblieb. Außer diesem Netto-Einkommen erhielten sie monatlich 95 DM an sonstigen Einnahmen. Hierunter sind beispielsweise die Einnahmen aus Untervermietung und dem Verkauf gebrauchter Waren sowie die Überschüsse aus Erstattungen von Ausgaben für Geschäftszwecke zu verstehen. Das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen dieser buchführenden

Angestellten- und Beamtenfamilien belief sich also 1966 monatlich im Mittel auf 2 070 DM.

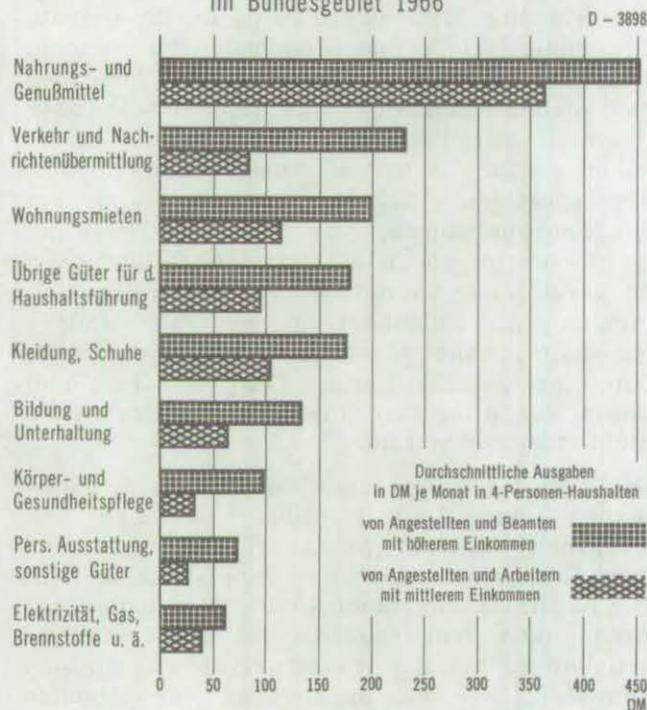
Für den privaten Verbrauch gaben die Haushalte 1966 monatlich im Schnitt 1 613 DM aus, also reichlich drei Viertel ihres gesamten verfügbaren Haushaltseinkommens. Für sonstige Ausgaben, die nicht zum privaten Verbrauch gerechnet werden, wendeten sie 176 DM auf, so daß 282 DM für die Bildung von Geld- und Sachvermögen sowie zur Entschuldung übrig blieben. Die durchschnittliche Ersparnis dieser Haushalte betrug mithin 13,6% des verfügbaren Haushaltseinkommens. Bei den Arbeiter- und Angestelltenhaushalten mit mittlerem Einkommen belief sich die entsprechende Sparrate lediglich auf 5,3%.

Bevor die Zusammensetzung der Ausgaben für den privaten Verbrauch ausführlich dargestellt wird, soll hier kurz auf die "sonstigen Ausgaben" und die Ersparnis der Haushalte eingegangen werden. Bei 43% der sonstigen Ausgaben handelte es sich um freiwillige Beiträge zur sozialen Kranken- und Rentenversicherung. 27% waren Prämien für private Kranken-, Unfall- und Schadenversicherungen. Demnach bestanden die sonstigen Ausgaben zu sieben Zehnteln aus Beiträgen oder Prämien für Versicherungen gegen nicht voraussehbare Schäden. Die restlichen 30% der sonstigen Ausgaben verteilen sich auf Kraftfahrzeugsteuer, Beiträge an Vereine, Berufsvereinigungen und Parteien, Geldspenden an kirchliche, karitative und kulturelle Einrichtungen, Geldübertragungen an andere Haushalte, sonstige Geldübertragungen (z. B. Spieleinsätze bei Lotto, Toto und Lotterie) sowie auf Ausgaben, die anderen Positionen nicht zuzuordnen sind.

Die "sonstigen Ausgaben" nehmen gewissermaßen eine Zwitterstellung zwischen den Ausgaben für den privaten Verbrauch und der Ersparnis- und Vermögensbildung ein. Die Kraftfahrzeugsteuer könnte man beispielsweise auch den Ausgaben für die Kraftfahrzeughaltung und somit dem privaten Verbrauch zuordnen, wie es in anderen europäischen Ländern gehandhabt wird. Die Prämien für Risikoversicherungen könnte man ebenfalls als Verbrauch ansehen, nämlich als Gegenwert für die Dienstleistung "Entlastung von Risiko". Andererseits haben diese Prämienzahlungen Ähnlichkeit mit der Ersparnisbildung, insbesondere dann, wenn bei Nicht-Eintreffen des Ereignisses, gegen das man versichert ist, Rückvergütungen gezahlt werden. Die freiwilligen Beiträge zur sozialen Rentenversicherung könnten eigentlich ganz zur Ersparnis gerechnet werden, wie es mit den Prämien für Lebensversicherungen ja auch geschieht.

Die Ersparnis der buchführenden Beamten- und Angestelltenhaushalte betrug 1966 monatlich im Mittel 282 DM. Es handelt sich hierbei um eine Nettogröße; das heißt, von den Ausgaben für Vermögensbildung wurden die Einnahmen aus der Auflösung von Vermögen und von den Rückzahlungen von Krediten die Einnahmen aus der Aufnahme von Krediten abgesetzt. 35% der Ersparnis fanden ihren Niederschlag in einer Erhöhung der Guthaben bei Banken, Sparkassen und Postscheckämtern und 18% in einer Erhöhung der Guthaben bei Bausparkassen. Weitere 18% bestanden aus Prämienzahlungen an Lebensversicherungen. Ein Fünftel trug zur Vermehrung des Eigentums an privaten Grundstücken und Gebäuden bei. 6% dienten zur Entschuldung, sie bildeten also den Überschuß aus Rückzahlung und Aufnahme von Krediten. Bei den restlichen 2% handelt es sich um reine Erhöhung des Bargeld- und Wertpapierbestandes.

Die Ausgabenstruktur des privaten Verbrauchs im Bundesgebiet 1966



Im obenstehenden Bild sind die Ausgaben für den privaten Verbrauch in die bekannten neun Gruppen gegliedert. Der bei weitem größte Anteil entfällt auf die Nahrungs- und Genußmittel. 1966 gaben die Beamten- und Angestelltenfamilien mit höherem Einkommen hierfür monatlich im Schnitt 454 DM aus, und zwar 385 DM für Nahrungsmittel und 69 DM für Genußmittel. Im Januar war die Gesamtausgabe für Nahrungs- und Genußmittel mit 400 DM am niedrigsten und im Dezember wegen der Weihnachtseinkäufe und der zusätzlichen Einkommen (Weihnachtsgeld und 13.

oder 14. Monatsgehalt) mit 537 DM am höchsten. Bei den Genußmittelausgaben allein war der Unterschied zwischen dem niedrigsten und höchsten Stand im Verhältnis noch viel ausgeprägter. Im August kauften die Haushalte für 61 DM Genußmittel, dagegen im Dezember für 106 DM.

Im Laufe des Jahres 1966 gaben die ausgewählten Familien mit höherem Einkommen insgesamt 825 DM für Genußmittel aus, davon entfielen

- 52 % auf alkoholische Getränke
- 24 % auf Tabakwaren (21 % allein auf Zigaretten)
- 21 % auf Bohnenkaffee
- 2 % auf echten schwarzen Tee

Dagegen wendeten die Angestellten- und Arbeiterhaushalte mit mittlerem Einkommen im selben Jahr nur 653 DM - also gut ein Fünftel weniger - für Genußmittel auf, und zwar

- 49 % für alkoholische Getränke
- 28 % für Tabakwaren (24 % allein für Zigaretten)
- 21 % für Bohnenkaffee
- 2 % für echten schwarzen Tee

Für Nahrungsmittel gaben die Haushalte mit höherem Einkommen monatlich im Schnitt 385 DM aus und die Haushalte mit mittlerem Einkommen 309 DM, also knapp ein Fünftel weniger. Das durchschnittliche verfügbare Haushaltseinkommen der buchführenden Familien mit mittlerem Einkommen war indessen nur halb so groß wie das der Haushalte mit höherem Einkommen. Das bedeutet also, daß die Haushalte mit mittlerem Einkommen im Verhältnis einen viel größeren Anteil ihres Einkommens für Nahrungs- und Genußmittel aufwenden als die Haushalte mit höherem Einkommen. 1966 belief sich der Anteil der Nahrungsmittelausgaben am gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen bei den Haushalten mit höherem Einkommen auf 19%, bei denen mit mittlerem Einkommen hingegen auf 30%. Die entsprechenden Anteile für die Genußmittelausgaben betragen 3,4% und 5,2%.

Die Tabelle gibt Aufschluß darüber, wie sich die durchschnittlichen monatlichen Nahrungsmittelausgaben bei den beiden buchführenden 4-Personen-Haushaltstypen auf die verschiedenen Waren oder Warengruppen verteilten. Diese Gegenüberstellung macht interessante Verbrauchsunterschiede deutlich. Obwohl die Haushalte mit höherem Einkommen 76 DM, also annähernd ein Viertel, für Nahrungsmittel im Monat mehr ausgaben als die Haushalte mit mittlerem Einkommen, kauften sie nur

Die Zusammensetzung der Ausgaben für Nahrungsmittel in 4-Personen-Haushalten im Bundesgebiet 1966

Warengruppe oder Ware	Angestellte und Beamte mit höherem Einkommen		Angestellte und Arbeiter mit mittlerem Einkommen	
	Durchschnittl. Ausgabe je Monat in DM	Anteil an den gesamten Nahrungs- mittelaus- gaben in %	Durchschnittl. Ausgabe je Monat in DM	Anteil an den gesamten Nahrungs- mittelaus- gaben in %
Fleisch- und Fleischwaren	91,22	23,7	86,39	27,9
Speisen, Getränke und Mahlzeiten in Gaststätten und Kantinen	52,94	13,7	23,05	7,5
Brot- und Backwaren	39,35	10,2	35,10	11,4
Obst, Obstkonserven und Marmelade	32,14	8,3	22,65	7,3
Zucker, Honig, Süßwaren und Kakaoerzeugnisse	25,60	6,6	19,71	6,4
Milch, Sahne, Kondensmilch, Joghurt und dergleichen	24,42	6,3	22,09	7,1
Gemüse und Gemüsekonserven	21,52	5,6	16,06	5,2
Butter	19,77	5,1	14,00	4,5
Eier	14,14	3,7	12,21	3,9
Käse	13,40	3,5	9,65	3,1
Mehl, Nahrungsmittel, Kartoffelerzeugnisse	12,92	3,4	13,06	4,2
Alkoholfreie Getränke (ohne Bohnenkaffee und schwarzen Tee)	10,89	2,8	8,65	2,8
Fische und Fischwaren	7,63	2,0	6,02	1,9
Margarine u. a. Speisefette (ohne Butter)	7,08	1,8	9,38	3,0
Kartoffeln	5,08	1,3	5,74	1,9
Gewürze, Back- und Speisezutaten und Mayonnaisen	3,61	0,9	3,17	1,0
Fertige Mahlzeiten in Dosen oder Tiefkühlpackungen	1,85	0,5	0,84	0,3
Speiseöle	1,58	0,4	1,39	0,4
Nahrungsmittel insgesamt	385,14	100	309,16	100

für 4,83 DM oder für knapp 6% mehr Fleisch- und Fleischwaren. Der Anteil der Ausgaben für Fleisch- und Fleischwaren an den gesamten Nahrungsmittelausgaben belief sich bei ihnen nur auf 24%, während er bei den Haushalten mit mittlerem Einkommen 28% ausmachte. Auch bei den Ausgaben für Brot- und Backwaren sowie Milch und Eier hatten die Haushalte mit mittlerem Einkommen im Verhältnis einen höheren Ausgabenanteil aufzuweisen, obgleich ihr absoluter Ausgabenbetrag nicht so groß war wie bei den besser verdienenden Haushalten. Für Mehl und Nahrungsmittel, Margarine und andere Speisefette (ohne Butter) sowie für Kartoffeln, wendeten sie nicht nur im Verhältnis, sondern auch absolut mehr auf als die Haushalte mit höherem Einkommen.

Am stärksten unterschieden sich die Ausgaben für Speisen und Getränke, die die Angehörigen der beiden Haushaltstypen in Restaurants, Cafes und Kantinen verzehrten. Mit einem durchschnittlichen Monatsbetrag von 53 DM gaben die Haushalte mit höherem Einkommen hierfür reichlich doppelt so viel aus wie die Haushalte mit mittlerem Einkommen. Ihr höherer Lebensstandard zeigte sich auch darin, daß sie beträchtlich mehr Obst,

Gemüse, Butter, Käse, Honig, Süßwaren, Kakaoerzeugnisse und alkoholfreie Getränke kauften als die Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Seit 1965 stehen die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung an zweiter Stelle. 1964 lagen sie noch an dritter Stelle hinter den Wohnungsmieten. Aber durch die ständige Ausweitung der Autohaltung bei den Arbeitnehmern hat diese Ausgaben­gruppe immer mehr an Bedeutung gewonnen. 1966 wandten die buchführenden Angestellten- und Beamtenhaushalte im Mittel 232 DM monatlich für Verkehr- und Nachrichtenübermittlung auf. 1964 waren es dagegen erst 186 DM. Die Haushalte mit mittlerem Einkommen gaben hierfür 1966 monatlich nur 83 DM aus und 1964 lediglich 73 DM. 1966 besaßen von 100 dieser Familien 37 ein Auto, von den Haushalten mit höherem Einkommen dagegen 76. Zu dieser Gruppe werden nicht nur die laufenden Verkehrsausgaben, wie Unterhaltung von eigenen Kraftfahrzeugen und Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, sondern auch die Anschaffung von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern gerechnet. Die Kraftfahrzeugsteuer und die Prämien für die Kraftfahrzeugversicherung sind hier nicht enthalten,

sie zählen nach der Systematik dieser Statistik zu den "sonstigen Ausgaben".

Die Wohnungsmieten rangieren seit 1965 an dritter Stelle. Sie beliefen sich 1965 auf 190 DM und 1966 auf 199 DM. Bei den Haushalten, die in Eigenheimen oder Eigentumswohnungen leben, wird ein fiktiver Mietwert als unterstellte Ausgabe veranschlagt.¹ Bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 93 qm war die Miete mit 199 DM recht gering. Die Familien mit mittlerem Einkommen lebten in Wohnungen mit einer durchschnittlichen Größe von 66 qm und zahlten dafür im Mittel 114 DM Miete.

Nahezu gleich groß waren die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben für die beiden Gruppen "übrige Güter für die Haushaltsführung" sowie "Kleidung und Schuhe". Zur ersten Gruppe gehören die Ausgaben für Möbel, Heimtextilien, Haushaltsmaschinen und Haushaltsgeräte, Gebrauchsgüter für die Gartenpflege, Waschmittel und übrige Mittel für die Haushaltsreinigung, Wohnungsreparaturen, Haushaltshilfen sowie Dienstleistungen der Wäschereien und Reinigungsfirmen. 1966 betrug der durchschnittliche monatliche Ausgabenbetrag hierfür 180 DM und bei den Haushalten mit mittlerem Einkommen 95 DM.

Der Monatsaufwand für Kleidung und Schuhe belief sich im Mittel auf 177 DM. Die ausgewählten Angestellten- und Beamtenfamilien mit höherem Einkommen gaben mithin im Jahre 1966 für Kleidung und Schuhe insgesamt 2 124 DM aus. Im Vergleich dazu wendeten die gleich großen Haushalte mit mittlerem Einkommen in der gleichen Zeit für die gleiche Ausgabengruppe lediglich 1 260 DM auf.

Die Ausgaben für Bildung und Unterhaltung standen 1966 mit einem durchschnittlichen Monatsbetrag von 135 DM auf dem sechsten Platz. Unter diese Gruppe fallen die Anschaffungen von Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten, Foto- und Kinoapparaten, Spielzeug sowie Camping- und Sportgeräten, ferner

1) Die monatliche Belastung des Eigenheimbesitzers durch Tilgung, Zinsen für Darlehn und laufende Bewirtschaftungsausgaben tritt in dieser Statistik nicht als Verbrauchsausgabe in Erscheinung. Tilgungen gehören zur Ersparnis; Zinszahlungen und laufende Bewirtschaftungsausgaben sind ebenfalls keine Verbrauchsausgaben, denn der Eigenheimbesitzer wird insoweit als Unternehmer betrachtet und die im Zusammenhang mit der Investition "Eigenheim" fälligen Zinszahlungen als Unternehmergebiet, der nicht zum privaten Verbrauch gehört. Damit in den Anschreibungen dieser Haushalte dennoch ein Ausgabeposten für das Wohnen erscheint, wird je nach Baulohter und Wohnungsgröße ein fiktiver Mietwert eingesetzt, der auf der Einnahmeseite als fiktive Einnahme verbucht wird.

die Ausgaben für Bücher, Zeitungen und Schreibmaterialien. Außerdem zählen hierzu die Käufe von Rechenschiebern, Operngläsern, Briefmarkensammlungen, Haustieren sowie die Zahlungen von Schulgeldern und die Eintrittspreise für Theater, Kino, Sport- und ähnliche Veranstaltungen. Die Familien mit mittlerem Einkommen gaben für diese Gütergruppe nur 64 DM im Mittel je Monat aus, also über die Hälfte weniger.

An siebter Stelle folgen die Ausgaben für die Körper- und Gesundheitspflege mit durchschnittlich 98 DM im Monat; drei Fünftel entfallen auf die Gesundheitspflege und zwei Fünftel auf die Körperpflege. Bei den Haushalten mit mittlerem Einkommen betrug die entsprechende monatliche Ausgabe nur 33 DM. Das hängt in erster Linie damit zusammen, daß diese Familien die Arzt- und Krankenhausleistungen sowie die Arzneimittel weitgehend von den gesetzlichen Krankenversicherungen als Sachleistung erhalten, während bei den besser verdienenden privat versicherten Haushalten die vollen Ausgaben erscheinen. Die Rückerstattungen, die diese Haushalte später von ihrer Krankenversicherung erhalten, werden als Einnahme gebucht; sie betragen 28 DM.

An zweitletzter Stelle rangiert die Sammelgruppe "persönliche Ausstattung sowie sonstige Güter" mit einem durchschnittlichen Ausgabenbetrag je Monat von 75 DM bei den Haushalten mit höherem Einkommen und 27 DM bei den Haushalten mit mittlerem Einkommen. Hierzu gehören in erster Linie die Ausgaben für Uhren, Schmuck sowie für Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes (einschließlich Urlaubsreisen).

Die Ausgabengruppe "Elektrizität, Gas, Brennstoffe" bildet mit einem Monatsbetrag von 62 DM das Schlußlicht. Bei den Haushalten mit mittlerem Einkommen belief sich der entsprechende Betrag auf 41 DM.

Ausführliches Zahlenmaterial findet der interessierte Leser in der Fachserie M des Statistischen Bundesamtes "Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen", Reihe 13 Wirtschaftsrechnungen, III. Einnahmen und Ausgaben ausgewählter Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen und I. Einnahmen und Ausgaben ausgewählter Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Einkommen und Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten 1962 bis 1964" und "Der Verbrauch in Haushalten von Landwirten" in Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 42 (Februar) bzw. 1967, S. 10 (Januar) sowie "Das Budget 1966 in ausgewählten Haushalten von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen" in Wirtschaft und Statistik 1967, S. 328 (Mai)

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 . 20. Jahrgang . Heft 4 . April 1968

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966/67			1967/68			
		Monats-Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 457	2 473	2 474	2 476	2 499	2 500
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 729	1 531	1 052	1 216	1 295	1 774
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,4	7,3	5,0	6,4	6,3	8,4
*Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 828	3 662	3 737	3 694	3 453	3 591
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,7	17,4	17,8	19,5	16,8	16,9
*Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 484	2 706	2 582	2 308	2 511	2 730
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	12,1	12,9	12,3	12,2	12,2	12,9
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	93	79	88	77	64	59	80
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	20,5	24,0	20,6	17,3	17,1	22,3
*Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 343	956	1 155	1 386	942	861
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,6	4,6	5,5	7,3	4,6	4,1
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 701	6 779	7 498	5 676	7 087	5 712
*Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 236	6 869	7 130	5 039	6 212	6 043
*Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		260	1 465	- 90	368	637	875	- 331
*Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 945	11 471	11 541	8 579	11 419	9 845
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 882	25 119	26 169	19 294	24 718	21 600
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	165	174	180	147	176	148
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	50	8	18	30	34	21	26	32	30
darunter *Männer	1 000	31	6	13	24	27	14	19	24	23
Offene Stellen	1 000	5	19	8	9	10	7	6	9	11
darunter für Männer	1 000	3	9	3	3	4	4	3	3	4
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 393 ^a	1 393	.	.	.	1 395	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	511 ^a	511	.	.	.	513	.	.
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 689 ^a	1 689	.	.	.	1 752	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	169 ^a	169	.	.	.	180	.	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	107	.	.	.	111	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren⁵⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	28	30	24	21	40	27	25	22
*Kälber	1 000 St.	5	4	4	5	5	3	4	5	5
*Schweine	1 000 St.	81 ^b	157	178	172	157	181	186	178	178
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	10 ^c	23	24	17	22	23	24	20
*Gesamtschlachtgewicht										
aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	19,5	20,3	19,1	17,4	23,6	20,9	20,0	19,2
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	6,4	6,7	5,4	4,7	9,0	6,3	5,8	5,1
*Schweine	1 000 t	5,9	12,8	13,3	13,3	12,3	14,3	14,4	13,9	13,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	236	233	236	236	242	237	243	242
Kälber	kg	49	58	58	60	58	53	57	60	57
Schweine	kg	89	88	86	90	88	90	88	90	87
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	176	156	172	169	132	160	176	179
darunter *an Molkereien geliefert	%	87	90	88	89	89	88	89	89	90
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,5	9,9	10,9	11,8	8,6	10,1	11,1	12,0

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1966/67 = 17

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966/67			1967/68			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Industrie und Handwerk										
Industrie⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	178	175	173	173	171	169
darunter *Arbeiter ⁸⁾	1 000	136	139	136	134	133	131	129
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	22 756	22 541	21 908	20 690	22 430	20 611
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	105,5	108,9	97,5	91,8	110,6	106,5
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	42,0	49,0	41,5	41,5	47,1	50,9
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	49	50	42	41	48	45
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	9 830	9 554	9 140	9 172	9 652	9 353
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	78	81	80	73	95	88
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	123	125	122	118	140	131
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	38	42	41	36	46	43
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	790	914	754	731	868	923
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	111	136	135	108	101	117
Produktionsindex	1958=100	100	142	142	129	136	153	153
Steine und Erden		100	158	130	86	99	184	118
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	135	102	117	118	131	124
Schnittholz und Sperrholz		100	100	80	79	82	96	87
Zellstoff, Papier und Pappe		100	136	120	123	135	142	133
Gummi- und Asbestwaren		100	197	187	185	199	189	181
Wasserfahrzeuge		100	86	92	92	94	91	82
Maschinenbauerzeugnisse		100	141	165	121	131	130	178
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	141	152	125	130	160	205
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	180	235	149	148	212	264
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	189	176	167	176	199	185
Leder		100	36	21	19	25	14	16
Schuhe		100	93	73	85	87	83	69
Textilien		100	93	71	67	64	99	92
Bekleidung		100	126	92	121	124	115	95
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	190	219	234	228	220	197
Fisch und Fischerzeugnisse		100	147	154	157	168	191	191
Meiereierzeugnisse		100	136	127	134	142	116	162
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	136	114	94	94	160	117
Handwerk (Meßziffern)¹²⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	101	99	.	.	.	97	.	.
*Umsatz	Vj. -D 1962=100	.	132	145	.	.	.	144	.	.
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1962=100	.	134	152	.	.	.	150	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	149	188	182	160	185	190	227	...
Stromverbrauch (einschl. Verluste)	Mill. kWh	143	304	356	355	311	355	378	389	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	23	31	32	28	30	34

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohle-einheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966/67			1967/68			
		Monats-Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	66 044	62 022	57 448	55 628	63 186	61 583	59 290	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 344	7 677	6 513	5 908	9 687	6 446	5 416	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 977	3 327	2 982	2 762	4 350	2 800	2 551	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 844	3 082	2 485	2 193	3 735	2 497	1 907	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	51,6	46,6	33,8	30,3	53,4	38,7	31,6	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,6	6,4	4,3	4,3	5,2	6,5	4,4	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	154,5	206,4	126,2	101,9	176,0	216,7	71,9	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	949	849	445	744	828	754
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	168	133	106	80	156	140
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	124,1	125,3	70,7	90,5	128,2	113,9
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	90,1	92,7	43,2	75,9	86,6	82,2
*Umbauter Raum insgesamt (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 089	1 314	1 267	717	899	1 251	1 177
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	839	860	401	704	801	769
*Wohnungen		2 109	2 298	2 592	1 117	1 987	2 181	2 091
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 021	2 324	934	1 748	1 978	1 880
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 385	12 812	871	1 033	2 184	12 930
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 181	56 756	3 623	3 999	9 151	58 585
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	1 797	3 943	1 174	826	1 031	1 221	1 150	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 263	2 181	386	748	1 603	1 133	94	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	22 079	26 701	24 271	22 591	25 211	27 483	19 115	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	34 287	34 457	32 472	28 052	38 363	31 564	38 373	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	137,1	164,6	155,0	116,6	131,7	149,9	119,9	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	10,7	9,5	12,7	10,0	17,2	22,8	16,3	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	126,4	155,1	142,3	106,0	114,5	127,1	103,6	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,5	5,0	3,1	4,1	4,5	4,0	3,2	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	11,5	11,0	11,3	7,0	8,0	11,5	13,4	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	111,4	139,1	127,9	95,5	102,0	111,6	87,0	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	6,7	7,1	7,5	8,5	10,2	10,4	9,0	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	104,7	131,9	120,4	87,0	91,8	101,2	78,0	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	29,2	35,1	30,8	32,5	40,2	49,2	45,8	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	6,6	7,4	8,5	9,4	11,7	11,1	9,3	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	10,6	13,0	9,5	11,6	14,0	22,6	22,4	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	55,4	84,2	46,6	50,9	35,5	48,9	32,9	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	10,7	9,8	8,5	6,3	10,7	21,4	11,5	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,2	5,2	5,3	5,0	6,5	6,1	5,4	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	20,0	49,3	4,6	24,9	2,8	4,1	2,2	...
Schweden	Mill. DM	6,3	9,2	6,4	18,6	4,8	6,5	8,0	5,6	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	163	57	62	64	p 73	p 60	p 57	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	19	7	5	5	p 9	p 8	p 5	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 143	177	195	200	p 218	p 179	p 181	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	39	14	11	10	p 15	p 14	p 10	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet 14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966/67			1967/68			
		Monats-Durchschnitt			Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	240	270	229	208	243	265	216	...
*Güterversand	1 000 t	195	353	344	277	282	424	325	248	...
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	5 521	3 917	3 255	4 227	4 843	4 910	2 723	...
darunter										
Krafträder (einschl. Motorroller)		227	11	1	3	11	7	4	3	...
*Personenkraftwagen		2 107	4 311	2 844	2 553	3 398	3 740	3 479	2 073	...
*Kombinationskraftwagen		175	440	421	278	352	414	435	231	...
*Lastkraftwagen		293	390	324	229	241	356	533	262	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 115	1 256	882	788	1 221	1 319	p 860	p 934
*Getötete Personen		40	60	81	54	48	62	92	p 40	p 50
*Verletzte Personen		1 130	1 502	1 666	1 172	1 012	1 606	1 746	p 1 182	p 1 247
Geld und Kredit										
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)										
*Kredite an Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM	3 105 ^d	8 993 ^d	8 993	8 997	9 072	9 591	9 685	9 592	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	2 078 ^d	2 078	2 074	2 108	2 236	2 312	2 179	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	2 053 ^d	2 053	2 040	2 084	2 229	2 290	2 154	...
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM	2 165 ^d	6 915 ^d	6 915	6 923	6 964	7 355	7 373	7 413	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	5 922 ^d	5 922	5 920	5 950	6 235	6 237	6 239	...
*Einlagen vom Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM	2 067 ^d	5 575 ^d	5 575	5 612	5 733	6 233	6 460	6 440	...
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 906 ^d	1 906	1 890	1 965	2 212	2 303	2 221	...
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM	857 ^d	1 589 ^d	1 589	1 600	1 619	1 809	1 874	1 856	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	3 668 ^d	3 668	3 723	3 768	4 020	4 158	4 219	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	2 412 ^d	2 412	2 444	2 474	2 620	2 710	2 742	2 780
*bei Kreditbanken	Mill. DM	.	745 ^d	745	759	768	832	858
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	182	355	259	165	173	369
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	141	202	204	119	161	232
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	11	14	9	5	15	8	17	19
Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	1	2	4	2	-	1	1	2
Wechselproteste	Anzahl	636	839	845	793	746	830	690
	Wert	1 000 DM	465	1 118	1 200	1 003	873	1 046	997	...
Steuern										
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	32 185	81 845	144 870	73 882	61 054	67 854	153 342	75 646	68 437
darunter										
*Vermögensteuer	1 000 DM	1 463	3 256	783	1 132	9 244	10 431	744	367	9 823
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	9 680	8 869	12 581	9 254	9 643	9 054	13 735	10 285
*Biersteuer	1 000 DM	420	758	727	690	750	817	800	756	782
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	24 497	63 278	129 084	55 074	35 552	41 996	138 647	55 219	40 710
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	93 577	159 218	194 720	164 689	133 338	150 353	228 961	154 734	131 995
darunter										
*Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer	1 000 DM	26 688	51 856	53 298	65 811	46 057	54 228	54 980	73 854	30 706
*Umsatzausgleichsteuer/Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	3 113	4 851	4 987	6 319	6 415	6 660	5 832	5 655	8 732
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 510	1 458	1 405	1 250	1 647	1 558	1 037	134
*Zölle	1 000 DM	7 838	6 706	5 666	5 545	4 940	4 818	6 206	6 965	4 900
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 358	53 838	46 782	53 262	53 796	58 338	78 947	34 792	63 514
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	34 275	31 238	35 676	35 750	39 555	58 891	13 456	41 104
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	13 191	40 456	82 529	32 345	20 880	24 664	81 428	32 430	23 909
Notopfer Berlin	1 000 DM	354	2	- 0	1	- 0	- 0	10	1	1
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	4 685	6 957	2 116	8 433	10 426	7 112	2 454	9 002
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM	37 688	103 734	211 613	87 419	56 432	66 660	220 075	87 648	64 619
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	49 840	75 603	63 847	40 173	59 982	72 278	72 555	52 608
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	43 119	107 454	21 789	11 048	5 372	123 527	13 631	10 160
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	917	1 643	474	1 338	847	2 057	1 239	282
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	9 858	26 914	1 309	3 873	460	22 213	223	1 568

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. durchlaufender Kredite 16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31.12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966/67			1967/68			
		Monats-Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
noch: Steuern										
Gemeindesteuereinnahmen ¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	102 550 ⁺	103 722 ^e	.	.	.	101 730 ^e	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 288 ⁺	7 283 ^e	.	.	.	6 853 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	16 865 ⁺	15 066 ^e	.	.	.	14 787 ^e	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	70 283 ⁺	72 770 ^e	.	.	.	71 698 ^e	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	8 175 ⁺	8 604 ^e	.	.	.	8 393 ^e	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	7 745 ⁺	7 241 ^e	.	.	.	8 696 ^e	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	.	108,2	106,6	106,5	106,2	107,0	106,7	106,4	...
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1962=100	.	107,0	107,2	107,2	107,1	107,0	106,9	106,1 ^f	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	107,7	107,3	106,3	106,4	r 103,7	104,3	p 101,0 ^f	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2	105,8	105,6	105,6	105,5	104,7	104,8	p 99,7 ^f	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^g	109,3 ^h	113,3	109,4	109,8	p 102,4	p 103,8	p 99,0 ^f	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	118,5	.	.	117,3	114,8
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)										
Einzelhandelspreise	1962/63=100	90,8 ^g	109,5 ^h	109,1	109,9	110,9	106,7	r 106,6	102,9 ^f	...
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1958=100 ⁱ	100	119	119	120	120	120	120	120	...
darunter	1962=100	92,7	112,8	113,8	114,1	114,2	114,2	114,2	115,7	115,6
Nahrungs- und Genußmittel		.	112,0	112,4	112,1	112,1	110,8	110,7	111,8	111,3
Kleidung, Schuhe		.	110,5	111,8	112,1	112,1	111,9	111,9	111,9	111,9
Wohnungsmieten		.	129,7	133,1	135,5	135,8	140,3	140,5	142,8	144,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	107,5	109,4	109,7	109,7	110,0	110,4	116,4	117,2
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	108,3	108,7	108,7	108,6	107,9	107,8	108,2	108,2
Löhne und Gehälter ¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	221	.	210	.	.	.	221	.
darunter Facharbeiter	DM	124	234	.	221	.	.	.	233	.
*weiblich	DM	68	135	.	132	.	.	.	136	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	4,85	.	4,90	.	.	.	5,04	.
darunter Facharbeiter	DM	2,59	5,16	.	5,21	.	.	.	5,34	.
*weiblich	DM	1,53	3,25	.	3,32	.	.	.	3,37	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	45,6	.	42,9	.	.	.	43,8	.
*weiblich	Std.	44,2	41,5	.	39,7	.	.	.	40,5	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	41,9	.	41,6	.	.	.	40,8	.
*weiblich	Std.	41,4	37,5	.	38,8	.	.	.	37,8	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 101	.	1 141	.	.	.	1 188	.
*weiblich	DM	382	717	.	746	.	.	.	770	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 216	.	1 232	.	.	.	1 254	.
*weiblich	DM	403	741	.	767	.	.	.	790	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	969	.	1 002	.	.	.	1 032	.
*weiblich	DM	331	603	.	618	.	.	.	664	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	1 114	.	1 103	.	.	.	1 133	.
*weiblich	DM	(259)	(744)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	1 010	.	1 045	.	.	.	1 079	.
*weiblich	DM	347	636	.	655	.	.	.	695	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 208	.	1 222	.	.	.	1 244	.
*weiblich	DM	391	741	.	768	.	.	.	790	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

17) einschl. Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1. 10. - 31. 12. f) Januar 1968 ohne Mehrwertsteuer g) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli-Juni) h) Wirtschaftsjahr 1966/67 (Juli-Juni) i) Umbasierung der Originalreihe 1950=100

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen ¹⁾				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	Zum Bau genehmigte Wohnungen in 1 000	Fertiggestellte Wohnungen		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
					Mill. DM				in 1 000			
1958	23	16	55	623	812	131	371	751	1 329	181	8 127	402
1963	27	23	51	739	1 151	239	500	1 083	1 787	212	11 421	435
1964	28	27	55	767	1 153	266	481	1 061	1 855	216	12 259	438
1965	28	27	51	794	1 360	309	527	1 214	1 912	229	12 828	453
1966	25	26	47	820	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-ein-lagen am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer-fürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Em-pfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1958	246	69	113	28	11 011	477	13 562	1 054	71,2	.	.	8,9
1963	419	39	228	34	12 589	601	16 433	2 360	85,4	38,5	42,8	11,9
1964	458	30	331	36	13 032	694	17 382	2 729	88,5	37,3	38,4	11,5
1965	498	23	374	37	12 528	667	16 840	3 178	94,6	36,9	36,2	12,5
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	...	14,1

Jahr	Steuereinnahmen							Steuern vom Einkommen ⁴⁾		Neuverschuldung ⁵⁾		
	des Bundes			des Landes		der Gemeinden		insgesamt	Lohn-steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	insgesamt	Umsatz-steuer	Ver-brauch-steuern	insgesamt	aus Steuern vom Ein-kommen	insgesamt	Gewerbe-steuer				insgesamt	Kredit-mittel
	Mill. DM											
1958	1 107	353	487	375	284	236	140	437	178	1 186	430	215 ^a
1963	1 635	523	632	791	626	380	267	1 009	432	1 546	940	633 ^b
1964	1 738	584	632	856	670	406	287	1 098	491	1 619	1 089	756 ^b
1965	1 858	638	664	917	711	420	303	1 165	524	1 803	1 240	888 ^b
1966	1 911	680	646	982	759	441	314	1 245	598	1 950	1 323	971 ^b

Jahr	Preisindizes					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn-gebäude (Baulei-stungen am Gebäude) 1962 = 100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁸⁾		Angest. in Industrie ⁸⁾ u. Handel		öffentlicher Dienst		
	indu-strieller Produkte 1962=100	landwirt-schaftlicher Produkte ⁷⁾ 1961/63 =100		ins-gesamt	Nahr-ungs-und Genuß-mittel	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ⁹⁾
			Männer					Frauen	Kaufmännische Angestellte	Techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspek-tor)	Ange-stellte BAT VIII (Bürokräft)
	DM											
1958	97,2	97,5	75,8	82,7	.	117	68	554	347	685	861	557
1963	100,5	103,5	105,2	103,0	102,9	172	106	806	505	963	1 077	749
1964	101,6	107,2	110,0	105,4	105,0	187	113	865	536	1 048	1 165	783
1965	104,0	114,1	114,6	109,0	109,0	211	125	934	588	1 138	1 165	824
1966	105,8	118,5	112,8	112,0	221	135	1 010	636	1 208	1 248	862

1) nur Neu- und Wiederaufbau einschl. Umbau ganzer Gebäude bezeichneten Jahres) 3) einschl. Kombinationskraftwagen 4) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; in den Spalten der Landes- und Bundessteuern enthalten 5) ohne Kassenkredite 6) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes 7) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 8) einschl. Hoch- und Tiefbau 9) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind a) Stand 31. 3. b) Stand 31. 12.

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.12.1967			Bevölkerungsveränderung im Dezember 1967			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 1968		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- oder Sterbe- überschuß (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
		in %							
FLENSBURG	96 243	- 0,2	- 0,5	27	- 233	- 206	36	-	44
KIEL	269 626	- 0,1	- 0,2	58	- 336	- 278	99	3	125
LÜBECK	242 677	+ 0,0	+ 0,0	30	- 2	28	78	2	94
NEUMÜNSTER	73 157	- 0,0	- 1,1	40	- 73	- 33	29	-	38
Eckernförde	72 863	+ 0,2	+ 2,4	51	60	111	22	2	37
Eiderstedt	19 775	- 0,4	+ 0,4	- 14	- 57	- 71	7	2	9
Eutin	95 138	- 0,0	+ 1,0	39	- 63	- 24	41	3	58
Flensburg-Land	72 485	+ 0,1	+ 2,1	71	6	77	24	1	43
Hzgt. Lauenburg	140 856	- 0,0	+ 1,0	17	- 26	- 9	44	-	67
Husum	66 065	+ 0,1	+ 0,6	57	7	64	34	2	42
Norderdithmarschen	61 395	-	+ 2,1	38	- 38	-	20	2	27
Oldenburg in Holstein	86 333	- 0,1	+ 1,4	42	- 136	- 94	32	2	43
Pinneberg	259 360	+ 0,0	+ 1,7	96	- 39	57	111	6	143
Plön	117 609	+ 0,0	+ 0,8	62	- 36	26	43	2	62
Rendsburg	165 613	+ 0,1	+ 0,8	45	89	134	48	4	73
Schleswig	100 849	+ 0,1	+ 1,3	35	54	89	32	-	39
Segeberg	111 664	+ 0,3	+ 3,2	28	274	302	64	3	80
Steinburg	128 476	+ 0,0	+ 1,1	30	12	42	53	3	75
Stormarn	175 409	+ 0,3	+ 3,6	58	419	477	77	6	101
Süderdithmarschen	73 535	- 0,0	- 0,4	13	- 35	- 22	20	1	22
Südtondern	70 602	- 0,2	+ 2,4	38	- 178	- 140	20	6	25
Schleswig-Holstein	2 499 730	+ 0,0	+ 1,1	861	- 331	530	934	50	1 247

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾						Kraftfahrzeug- bestand am 1.1.1968		Pkw je 1 000 Einw. am 1.7. 1967
	Betriebe am 31.12. 1967	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im Dezember 1967 in Mill. DM	Kohle- verbrauch im Dezember 1967 in t SKE	Heizöl- verbrauch in t	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 31.12. 1967	je 1 000 Einw. am 30.9. 1967						
FLENSBURG	69	6 537	68	34	25	2 923	19 605	17 371	176
KIEL	170	30 521	115	126	563	2 844	55 066	48 763	177
LÜBECK	149	31 357	134	157	25 125	6 833	45 899	39 827	161
NEUMÜNSTER	60	9 640	130	27	582	986	15 242	13 321	180
Eckernförde	38	1 708	24	7	19	643	17 976	13 460	180
Eiderstedt	9	408	22	3	-	76	5 054	3 727	182
Eutin	51	3 636	40	16	250	705	21 886	17 501	179
Flensburg-Land	31	783	11	5	34	243	20 818	15 237	206
Hzgt. Lauenburg	97	8 255	59	34	423	2 331	33 514	26 297	181
Husum	22	1 215	19	6	3	166	17 098	12 427	187
Norderdithmarschen	33	1 448	24	3	33	340	15 281	11 223	181
Oldenburg in Holstein	31	1 500	18	12	593	909	19 810	14 688	166
Pinneberg	264	22 728	89	134	666	9 400	58 710	49 557	187
Plön	54	2 536	22	16	78	762	28 699	21 807	181
Rendsburg	103	8 850	55	48	1 090	2 761	40 652	30 757	181
Schleswig	43	3 323	35	34	4 727	3 911	26 263	19 436	188
Segeberg	90	5 422	50	26	132	1 739	31 096	23 096	202
Steinburg	94	10 012	79	45	8 689	20 270	29 705	22 720	173
Stormarn	135	13 727	78	131	438	3 972	42 916	35 547	197
Süderdithmarschen	38	4 211	59	52	1 970	25 908	18 667	13 616	179
Südtondern	13	956	13	7	-	230	17 828	13 472	183
Schleswig-Holstein	1 594	168 773	69	923	45 440	87 952	581 785	463 850	181

1) nach dem Gebietsstand vom 31.11.1967

2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)

4) einschl. Verbrauchsteuern sowie

Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

5) einschl. Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30.9.1967			Offene Stellen am 31.1.1968 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31.1.1968 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Januar 1968			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 4.12.1967	Rindvieh am 4.12.1967	
		VZ 1961	30.9.1966							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 496	+ 8	+ 1,1	9	12	176	89,0	11,1	1 752	1 395	513
Hamburg	1 836	+ 0	- 0,8	12	23	2	80,3	9,5	18	16	5
Niedersachsen	6 988	+ 5	+ 0,3	29	53	326	85,4	10,1	5 034	2 719	1 037
Bremen	752	+ 6	+ 0,4	4		2	76,2	9,9	12	17	5
Nordrhein-Westfalen	16 840	+ 6	- 0,0	85	282	243	88,8	9,9	3 680	1 932	791
Hessen	5 257	+ 9	+ 0,4	30	106	107	78,6	9,0	1 482	939	384
Rheinland-Pfalz	3 624	+ 6	+ 0,3	12	29	83	74,1	9,1	822	761	297
Baden-Württemberg	8 557	+ 10	+ 0,1	64	239	224	73,6	8,7	2 135	1 905	831
Bayern	10 276	+ 8	+ 0,6	44	127	522	77,1	8,5	4 003	4 222	1 971
Saarland	1 132	+ 5	- 0,1	2	14	9	75,7	9,6	84	73	30
Berlin (West)	2 168	- 1	- 1,0	14	16	1	21,6	13,7	11	2	1
Bundesgebiet	59 926	+ 7	+ 0,2	303	903	1 694	81,1	9,3	19 032	13 981	5 866

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im November 1967			
	Beschäftigte		Umsatz im November 1967		Produktions-index ²⁾ 1958=100 im November 1967	Beschäftigte am 30.11.1967		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 30.11.1967	je 1 000 Einw. am 30.9.1967	Mill. DM	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
	in 1 000		in %		in 1 000		in 1 000		in 1 000		
Schleswig-Holstein	171	69	868	12	153	63	25	2 181	8,8	2 184	8,8
Hamburg	199	109	1 450	13	.	45	24	1 351	7,3	1 188	6,4
Niedersachsen	708	102	3 365	23	.	182	26	5 074	7,3	5 365	7,7
Bremen	94	126	612	18	.	21	28	602	8,0	1 116	14,9
Nordrhein-Westfalen	2 524	151	11 385	18	.	387	23	12 926	7,7	12 731	7,6
Hessen	672	128	2 770	22	184	141	27	4 079	7,8	1 888	3,6
Rheinland-Pfalz	362	100	1 738	19	254	91	25	2 247	6,2	2 903	8,0
Baden-Württemberg	1 417	165	5 588	18	172	224	26	7 222	8,5	6 556	7,7
Bayern	1 244	121	4 816	16	.	286	28	7 388	7,2	12 412	12,1
Saarland	151	135	461	31	.	24	21	456	4,0	590	5,2
Berlin (West)	249	116	1 109	12	.	47	22	5 188	23,8	1 647	7,6
Bundesgebiet	7 791	130	34 164	18	p 173	1 511	25	48 714	8,1	48 580	8,1

Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1.7.1967			Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im Dez. 1967				Bestand an Sparanlagen ⁶⁾ am 31.12.1967 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 3. Vj. 1967					
	insgesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- ⁷⁾	Bundes- ⁷⁾	Gemeinde-			
		Anzahl	je 1 000 Einw.									steuern in DM je Einw.		
		in 1 000												
Schleswig-Holstein	569	451	181	1 319	92	1 746	139	1 666	107	202	47			
Hamburg	415	370	201	1 035	50	1 361	136	3 178	290	1 319	76			
Niedersachsen	1 623	1 269	182	3 683	235	5 089	145	2 055	116	199	47			
Bremen	153	134	179	371	15	418	117	2 349	204	583	78			
Nordrhein-Westfalen	3 500	2 972	177	7 861	410	10 321	137	2 420	170	275	62			
Hessen	1 277	1 038	198	2 519	172	3 551	148	2 462	195	225	73			
Rheinland-Pfalz	845	646	178	1 639	100	2 297	146	2 020	106	176	52			
Baden-Württemberg	2 109	1 667	195	3 584	196	5 166	150	2 448	169	236	67			
Bayern	2 597	1 921	187	4 231	221	6 001	147	2 330	144	199	58			
Saarland	222	183	162	508	18	688	139	1 839	104	143	37			
Berlin (West)	383	341	157	1 059	36	1 280	124	1 795	109	412	68			
Bundesgebiet	13 745 ^{a)}	11 016 ^{a)}	184	27 809	1 545	37 918	142	2 303	156	273	60			

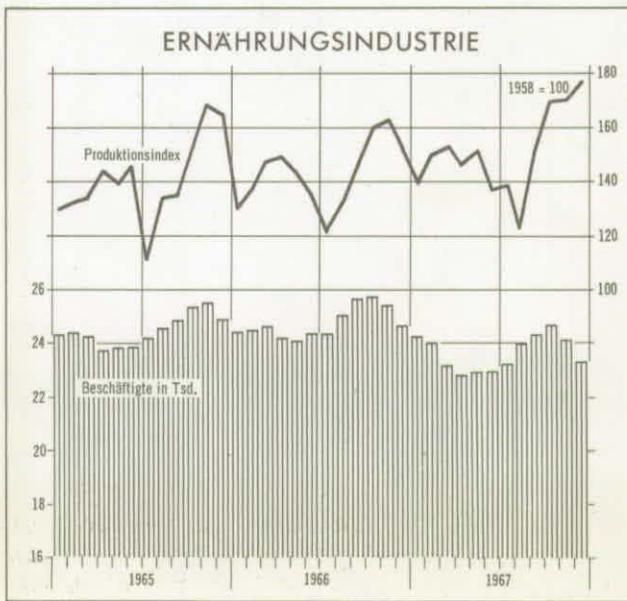
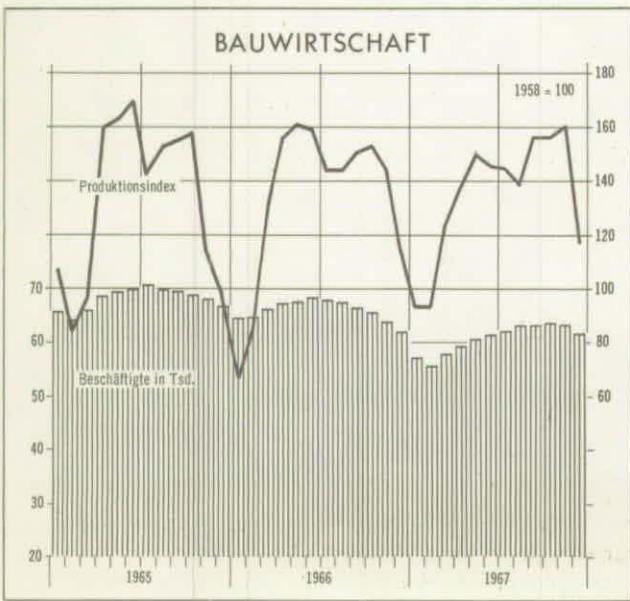
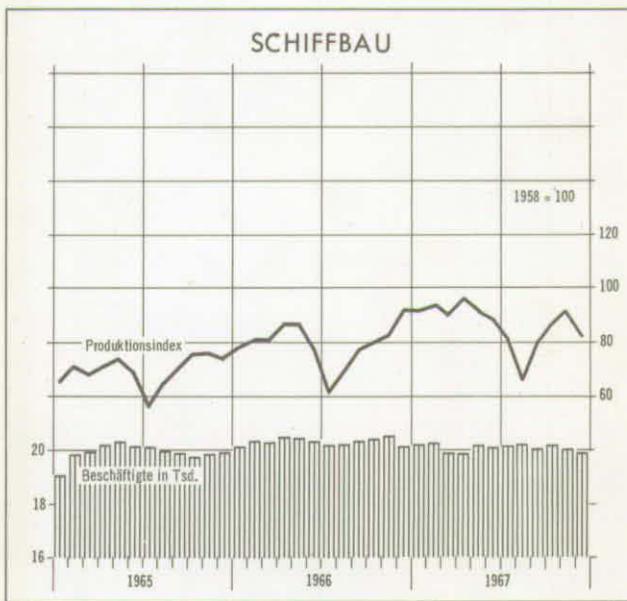
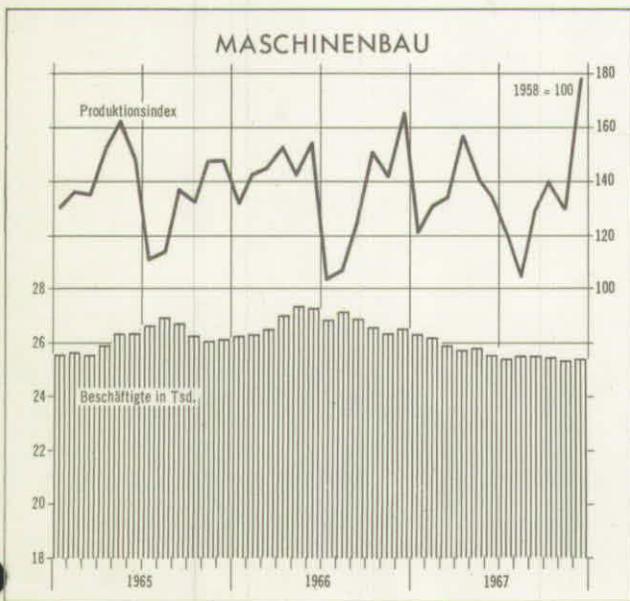
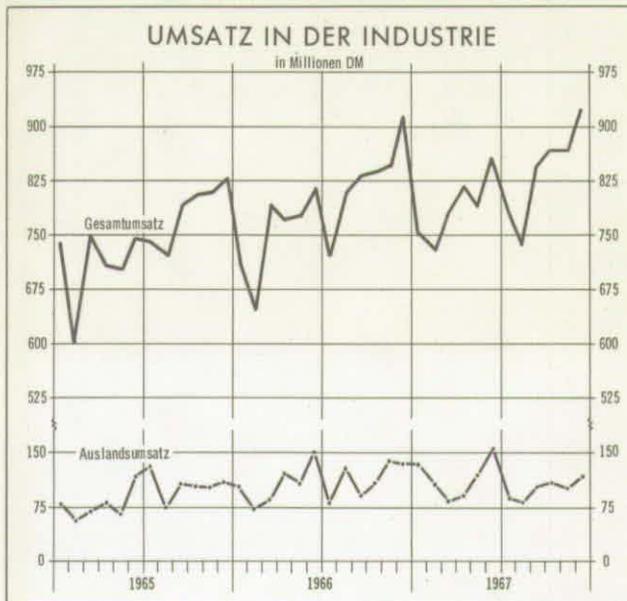
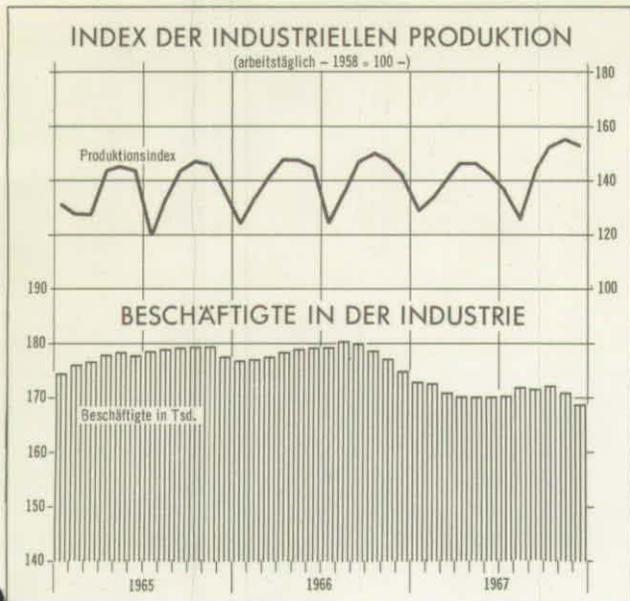
*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft
 2) ohne Bau und ohne Energie, arbeitstäglich 3) ohne Bundespost und Bundesbahn 4) einschl. Kombinationskraftwagen
 5) vorläufige Zahlen (außer Schleswig-Holstein) 6) ohne Postspareinlagen 7) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten
 a) einschließlich Bundesbahn und -post: 52 000 Kfz und 23 000 Pkw

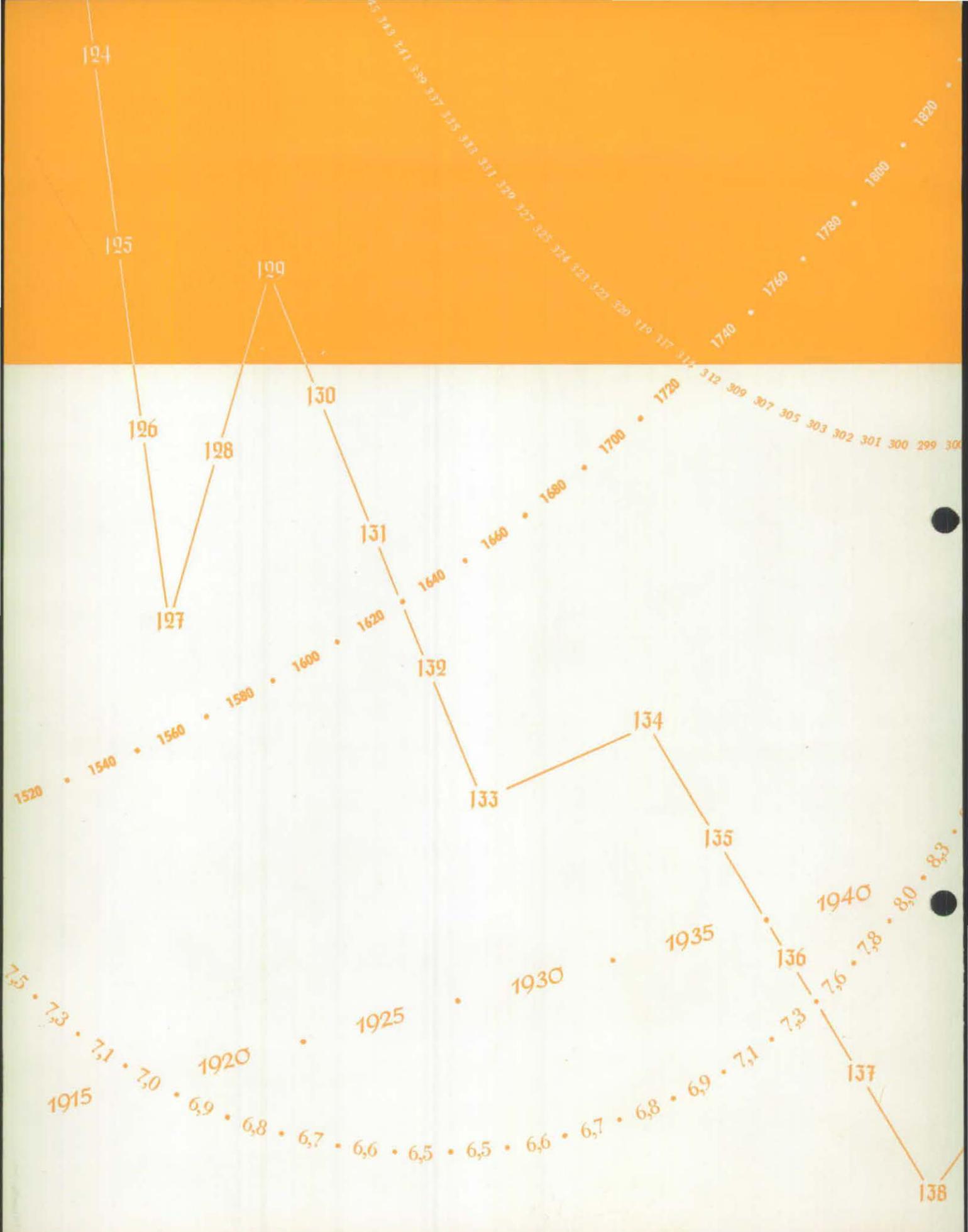
Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Gesundheitswesen	
Krankenhäuser 1966	3/55
Unterricht, Bildung und Kultur	
Volkshochschulen	3/51
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Baumschulen	2/42
Gemüseanbau	2/47
Kartoffeln	1/7
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)	1/3
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 2)	2/32
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 3)	3/57
Handel	
Fremdenverkehr 1967	3/64
Öffentliche Finanzen	
Gemeindesteuern 1967	3/69
Löhne und Gehälter 1965	1/19
Steueraufkommen 1967	2/46
Umsätze in freien Berufen	3/71
Preise	
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preisindex —	1/14
Sozialprodukt	
Bruttoinlandsprodukt 1966	2/27

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM
 — Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen